Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 6000 M., durch die Post 5000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. d. Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt: 200 M. für den Millimeter Höhe und Spalte 1000 M. für Reklame. ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 250 Mark — **Freitag, den 8. Juni 1923** — **3. Jahrgang Nr. 131**

Fortsetzung der Leinert-Schande im Preußenparlament

Die Kommunisten wieder im Landtag — Leinert provoziert aufs neue — Die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit will keine Erörterung des Kampfes der Ruhrarbeiter — Ministerpräsident Braun will noch nicht über die Notlage des arbeitenden Volkes sprechen — Man wünscht Blutbäder auch in Oberschlesien — Neue Verschärfung der Hausknechtsordnung: Diäten- und Fahrkarten-Entziehung für Kommunisten — Aufhebung der Immunität des Genossen Pieck — Leinert als Ehrabschneider

(Eigener Bericht)

Berlin, 7. Juni.

Der größte Teil unserer ausgeschlossenen Genossen trat heute wieder in den Landtag ein. Unsere Genossen hatten eine schriftliche Erklärung dem Präsidenten Leinert vor Beginn der Tagung eingereicht, die sie zu verlesen gedachten. Der Präsident des preußischen Schandparlaments, das Recht und Verfassung bricht, um die Kommunisten zu vergewaltigen, **verweigerte unseren Genossen das Recht zur Verlesung der Fraktionserklärung.** Genosse Meyer stellte diese bewußte Provokation Leinerts vor Eintritt in die Tagesordnung fest. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit **deckte auch diese unerhörte Entrechtung** der kommunistischen Fraktion. Unser Redner stellte fest, daß es bisher allen Fraktionen gestattet worden ist, schriftliche Erklärungen zu verlesen. Wenn es nunmehr den Kommunisten nicht mehr gestattet wird, so ist das ein **neuer Bruch der Geschäftsordnung** zur Vergewaltigung der KPD.-Fraktion. Auch eine **persönliche Erklärung** des Genossen Meyer, daß er und die übrigen Genossen, die in der Ausschlußzeit nicht in Berlin waren, sich mit der Haltung der Fraktion völlig solidarisierten, ließ der Scharfmacher Leinert, obwohl sie ihm geschäftsordnungsmäßig vor der Sitzung vorgelegt worden war, **nicht zu.**

Die blutigen Polizeimassaker und Provokationen im Ruhrgebiet, das entsetzliche Elend der gesamten arbeitenden Bevölkerung, die drohende Gefahr, daß auch die streikenden oberschlesischen Grubenarbeiter von Kapitalssöldlingen niedergemetzelt werden, veranlaßte unsere Genossen gegen die vorgesehene Tagesordnung zu protestieren. Genosse Schulz-Neukölln verlangte die sofortige Verhandlung folgenden

Urantrags:

Die Besetzung des Ruhrgebiets, freche Spekulation und schrankenlosester Wucher haben die Notlage des arbeitenden Volkes besonders im Ruhrgebiet ins ungeheuerlichste gesteigert.

Die Regierung hat nichts getan, die Notlage der Massen zu erleichtern, sondern ihre Maßnahmen haben im Gegenteil eine unerträgliche Verschärfung des Massenelends herbeigeführt.

Dieser wirtschaftlichen Not des werktätigen Volkes entspringen die großen Streikbewegungen im besetzten Gebiet.

Statt den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum Nachdruck zu verschaffen, hat die Regierung Schutzpolizei, Kriminalbeamte und die aus den dunkelsten Elementen zusammengewürfelten Faszisten und sogenannten bürgerlichen Selbstschutzorganisationen auf die Arbeiter losgelassen.

Durch bewußte Provokationen nationalistischer und faszistischer Elemente und durch die behördlich veranlaßten Polzeimassakers sind furchtbare Blutbäder im Ruhrgebiet herbeigeführt worden. Nach unvollständigen Angaben sind ihnen 120 Tote und über 600 Verwundete zum Opfer gefallen.

Behördliche Organe haben sich unter Duldung und Billigung der Regierung an französische Generale — die Befehlshaber der nach Ministerpräsidenten Brauns Ausführungen vom 10. Januar 1923 „kriegerischen Scharen des siegestrunkenen, machthungrigen französischen Militarismus" — gewandt, um militärische Unterstützung und Waffenlieferung gegen die im schwersten Lohnkampf stehenden Ruhrarbeiter zu erhalten.

Um diese schmachvollen Zustände und Handlungen sowie die eingeleitete Kapitulation von Poincaré zu verdecken, hat man in der Presse, gestützt auf amtliche Lügenmeldungen, einen wüsten Verleumdungsfeldzug gegen die Kommunistische Partei eröffnet.

Der Landtag beschließt daher:

Es wird ein 29gliedriger Untersuchungsausschuß eingesetzt, der über folgende Punkte Klarheit schaffen soll:

1. **Ueber die Tatsache, daß trotz der mit Milliarden arbeitenden sogenannten „Ruhrhilfe" die Ruhrarbeiterschaft in ein grauenhaftes Elend gestürzt worden ist, während die Unternehmer an den gewaltigen Zuschüssen und Krediten aus Staatsmitteln sich schamlos bereicherten.**
2. **Ueber die Schuld der Regierung und großkapitalistischen Kreise an den Sprengattentaten, Provokationen und organisierten Ueberfällen durch faszistische Elemente.**
3. **Ueber die Bewaffnung der bürgerlichen Selbstschutzleute, „Feuerwehren" und faszistischen Organisationen durch die Regierung zum Kampf gegen die streikenden Arbeiter.**
4. **Ueber die Verbindungen und Verhandlungen von behördlichen Organen mit den französischen Besatzungstruppen zum Zweck gewaltsamer Niederwerfung der Streikbewegung.**

Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Parlamentsknechte der Stinnes- und Thyssenkapitalisten stimmten den vom Genossen Schulz begründeten Antrag auf sofortige Verhandlung nieder. Es ist die blasse Furcht vor der Abrechnung, die Angst vor der Entlarvung der schamlosen sozialdemokratisch-bürgerlichen Lügenhetze gegen die Ruhrarbeiter und die Kommunisten, die diese Haltung der Mehrheit bestimmte. Das Ruhrproletariat und die Gesamtarbeiterschaft wird diesen Vorgang zu würdigen wissen.

Ebenso wurde niedergestimmt der vom Genossen Scholem begründete Antrag, sofort zu verhandeln die Anträge der kommunistischen Fraktion, in denen gefordert wird, das durch Severing verfügte

Verbot der proletarischen Hundertschaften

aufzuheben, die bürgerlichen Selbstschutzorganisationen im Ruhrgebiet zu entwaffnen und die Sicherungs- und Polizeiaufgaben im Ruhrgebiet dem proletarischen Selbstschutz zu übertragen.

In der Ablehnung dieser Anträge liegt das zynische Eingeständnis, **daß die Landtagsmehrheit die Wiederholung von Blutvergießen unter streikenden Arbeitern wünscht und herbeisehnt.** Genosse Sobottka forderte darauf, **wenigstens für Oberschlesien Maßnahmen zu treffen, die Blutvergießen verhindern und sofort** einen Antrag zu beraten, der den oberschlesischen Arbeitern in den Staats- wie auch in den Privatbetrieben sofort

300 000 Mk. Teuerungszulage und eine 100prozentige Erhöhung der Junilöhne

sichert. Die Schamlosigkeit des unter Polizeiaufsicht stehenden Landtags ging soweit, auch diese Anträge **nicht zur Verhandlung zuzulassen.** Durch Schluß der Geschäftsordnungsdebatte verhinderte man weitere Anträge der kommunistischen Fraktion.

Die Abstimmung über den Kultusetat,

die nun erfolgte, ergab das gewohnte Bild. Die Mehrheit von Deutschnationalen, Zentrum und Volksparteilern stimmte konsequent **alle Reformanträge** nieder. Sogar zwei oder drei Anträge, die im Hauptausschuß „versehentlich" angenommen worden waren — darunter einer, der verlangte, daß bei der Besetzung von volkswirtschaftlichen Lehrstühlen Sozialisten ebenfalls herangezogen würden —, lehnte die Mehrheit ab. Die MSPD. beteiligte sich wader an der **Niederstimmung der kommunistischen Anträge,** über die wir noch besonders berichten werden.

Die Beratung des von den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen vorgelegten

Gesetzentwurfs zur Aenderung des Diätengesetzes

gab zunächst dem Genossen **Pieck** die Möglichkeit, in der allgemeinen Besprechung die Erklärung der KPD.-Fraktion, deren Verlesung Leinert unterdrücken wollte, dennoch vorzunehmen. (Die Erklärung bringen wir in ihrem Wortlaut an anderer Stelle. D. Red.)

In scharfen Reden unterzogen die Genossen **Pieck, Schulz-Neukölln, Scholem** und **Meyer** die bürgerlich-sozialdemokratischen Anträge einer rücksichtslosen Kritik. Sie wiesen immer wieder darauf hin, daß es gerade die **Sozialdemokraten** sind, die in ihrer Schamlosigkeit nicht davor zurückschrecken, die von ihnen gepriesene Demokratie und die sogenannten „demokratischen Verfassungsrechte" der Abgeordneten zu zertrampeln, weil man hofft, damit die Kommunistische Partei materiell und politisch treffen zu können. Aber, so betonen unsere Genossen, weder die **Entziehung der Freifahrtkarte,** noch die **Kürzung der Diäten** wird die kommunistischen Abgeordneten veranlassen, auch nur um Haaresbreite von ihrer Pflicht der Kritik abzulassen. Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsgesellschaft beschloß denn auch, unter Assistenz der Deutschnationalen, bei Ausschlüssen **Fahrkarte und Diäten** zu entziehen.

Nur wenige Sozialdemokraten machten die ganze **Schurkerei ihrer Fraktionsführer Heilmann und Grzesinsky** nicht mit. **Einzelne** blieben bei der Abstimmung sitzen, **andere** eilten zum Saal hinaus, um der Abstimmung zu entgehen. Aber sie schafften damit nur den Grzesinsky und Heilmann und deren Stinnesbrüdern die **sichere** Mehrheit. Einen offenen Protest auszusprechen, **dazu brachten die Schwächlinge der „Opposition" in der MSPD. den Mut nicht auf.**

Zu all den erbärmlichen Streichen gegen die kommunistische Fraktion fügte man einen neuen, indem

die Aufhebung der Immunität des Genossen Pieck

beschlossen wurde. Genosse **Pieck** hat ein Flugblatt an die Soldaten der Reichswehr namentlich gezeichnet und soll nun wegen **„Aufreizung zum Ungehorsam"** prozessiert werden. In wirkungsvoller Rede zerpflückte Genosse **Meyer** die „Gründe" der Mehrheit, mit denen das **Attentat auf die Immunität** unseres Genossen umschleiert wird. Er zeigte, daß es nur das Bestreben ist, **die Kommunistische Partei** im Abgeordneten Pieck zu treffen. Genosse Meyer wies übrigens darauf hin, **daß Ebert selbst an Weismann,** den Oberspitzel, **ein Flugblatt gesandt habe, um eine Verfolgung des Genossen Pieck herbeizuführen.** In diesem Falle brauchte sich die MSPD. nicht erst besonders zu bemühen, sie wußte, die **bürgerliche Mehrheit zur Aufhebung der Immunität ist gesichert. Dennoch kommandierte sie einige Dutzend ihrer Fraktionsmitglieder ab, um die Linke zu schwächen.** Der Rest der MSPD.-Fraktion trat für die Erhaltung der Immunität ein. Nach den Worten ihres Genossen Rosenfeld allerdings **nur deshalb,** weil im Falle Pieck ein „gewöhnlicher Fall im Rahmen der politischen Propaganda" vorliege.

Zum Schluß der Sitzung verlangte unser Genosse Schulz, auf die morgige Tagesordnung die kommunistischen Anträge über die **Vorgänge im Ruhrgebiet und in Oberschlesien** zu setzen, und als das **abgelehnt** wurde, forderte er die **Fortsetzung** der nach der Bürgerrede Heilmanns vom 3. Mai **unterbrochenen** Beratung der Vorgänge in Mitteldeutschland. Die Mehrheit walzte alle Anträge unseres Genossen nieder. Sogar das Verlangen, **eine Große Anfrage der VSPD.** über die **ungeheure Notlage des arbeitenden Volkes** und die von der Regierung dieserhalb etwa geplanten Maßnahmen, deren Verhandlung Genosse Schulz verlangte, fand **keine Gnade.** Leinert erklärte, der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun habe **noch nicht die Zusage gegeben,** daß er die Große Anfrage der Sozialdemokraten zu beantworten in der Lage sei. **Sozialdemokratische Arbeiter, erkennt Ihr die Komödie, die man mit Euch aufführt?!**

Erklärung der kommunistischen Fraktion

Präsidium und Mehrheit des Landtages haben **alle** anwesenden Mitglieder der Fraktion der KPD. seit dem 4. Mai durch **Polizeigewalt** an der Ausübung ihrer Abgeordnetenrechte und -pflichten behindert.

Dieser **grobe Verfassungsbruch** wird auch dadurch nicht gemildert, daß ihn die Mehrheit dieses Hauses in der Geschäftsordnung sanktioniert hat. Wenn wir die Vergewaltigung unserer Rechte nicht verhindern konnten, so bedeutet das **keineswegs,** daß wir den **Verfassungsbruch, die verfassungswidrigen Bestimmungen** der Geschäftsordnung und deren Anwendung als rechtmäßig anerkennen.

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung sind **nicht nur** verfassungswidrig und ein Verstoß gegen das RStG., sondern sie sind außerdem auch in der **parteiischsten** Weise angewendet worden. Grell tritt die parteiische Handhabung der Geschäftsordnung hervor in der Tatsache, daß der Abgeordnete **Katz** wegen einer **in Abwehr** gröblicher Beleidigungen durch die **sozialdemokratischen Abgeordneten** gemachten Gegenäußerung von der Sitzung ausgeschlossen wurde, während bis heute **keiner der sozialdemokratischen Abgeordneten** (Lewerenz, Schreiber-Hanau, Bubert, Schubert und Bahlke), die neben anderen Mitgliedern ihrer Fraktion eine wüste Schlägerei entfesselt und dadurch die Aufhebung der Sitzung herbeigeführt haben, diszipliniert worden ist.

Die kommunistische Fraktion hat mehrfach ein Einschreiten des Präsidiums gegen die **sozialdemokratischen Schläger** gefordert. Der Präsident Leinert hat dies **abgelehnt,** mit der Begründung, „er könne gegen die Teilnehmer an der Prügelei **nicht vorgehen, weil** er sofort nach dem Beginn dieser den Präsidentensitz verlassen habe . . ., die Betroffenen könnten **Privatklage** erheben. (Protokoll der 111. Sitzung des Aeltestenrats vom 4. Mai 1923.)

Diese Begründung ist völlig unwahr und wird sogar durch das amtliche Protokoll als unwahr aufgezeigt.

Der amtliche Bericht gibt über den Sachverhalt (237. Sitzung des Landtags vom 4. Mai 1923) folgende Darstellung:

„Mitglieder der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei dringen auf den Abgeordneten Katz ein. Es entsteht ein großes Getümmel, das in eine längere Schlägerei ausläuft."

Daß diese Schlägerei die Ursache war, die den Präsidenten Leinert veranlaßte, **die Sitzung zu unterbrechen,** geht aus seinen eigenen Worten hervor. Er führte nach dem **Stenogramm** wörtlich aus:

„Ich habe bemerkt, daß, als ich noch hier oben das Präsidium führte, eine Schlägerei entstanden ist, das Schlimmste, was ich mir in einem Parlament denken kann. Ich habe sofort den Präsidentensitz verlassen, da ich unter meiner Leitung derartige Szenen nicht als in der Sitzung des Landtags geschehen ansehen will."

Derselbe Präsident, der gegen die Schläger **nicht** vorgehen zu können vorgibt, hat in der 110. Sitzung des Aeltestenrats nach dem Protokoll erklärt:

„Erst nach Verlassen des Präsidentensitzes habe er auf Erkundigung erfahren, daß der Abgeordnete Katz den mehrfach erwähnten Zuruf, und zwar nach der Abstimmung über den Schlußantrag gemacht habe. Was er nicht gehört habe, könne er nicht rügen."

Es besteht also die skandalöse Tatsache, daß der Präsident ein Mitglied der kommunistischen Fraktion ausgeschlossen hat, wegen eines Zurufes, den er selbst nicht gehört hat, während er doch den Grundsatz aufstellt, „was er nicht gehört habe, könne er nicht rügen". Im Gegensatz hierzu hat der Präsident gesehen, wie „das Schlimmste, was er sich in einem Parlament denken kann", eine Schlägerei, entstanden ist. Und obgleich ihm nun die Schläger namentlich bekannt sind, ergreift er offene Partei für seine Fraktionsgenossen, indem er „unter seiner Leitung derartige Szenen nicht als in der Sitzung des Landtags geschehen ansehen will". Aber kann sich die Parteilichkeit eines Präsidenten in der Geschäftsführung nicht zeigen. Und die Mehrheit, die diese Geschäftsführung des Präsidenten stützt, zeigt damit offen, daß ihr parlamentarisches Regiment nicht „Recht und Verfassung", sondern nur die brutale Gewalt kennt.

Präsident Leinert hat aber auch seine Befugnisse in unerhörter Weise überschritten und **mißbraucht,** indem er den Sitzungssaal durch **zahlreiche zum Kampfe mit Schwerverbrechern besonders aus-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230608-13/fragment/page=0001

gebildete Kriminalbeamte überwachen ließ. Gegen diese skandalöse Beeinträchtigung der Abgeordnetenrechte protestierte die kommunistische Fraktion in der Sitzung vom 7. Mai 1923. Diesen Protest nahm der Vizepräsident Garnich zum Anlaß, die Vergewaltigung der kommunistischen Fraktion fortzusetzen durch den Ausschluß von weiteren 16 Mitgliedern. Er setzte dieser empörenden Gewaltmaßnahme die Krone auf, indem er den Bestimmungen des StGB. zum Trotz die zu unrecht ausgeschlossenen Abgeordneten durch ein großes Aufgebot von Kriminalpolizei brutal aus dem Sitzungssaale hinausschleifen ließ.

Leinert hat an dem darauffolgenden Tage diese ungeheuerlichen Gewaltakte wiederholen lassen, bis kein kommunistischer Abgeordneter mehr im Saale war.

Obwohl aus diesem Sachverhalt für jeden Abgeordneten deutlich erkenntlich sein mußte, daß hier an den kommunistischen Abgeordneten schnödester Rechtsbruch verübt war und obgleich kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Geschäftsordnung mit Verfassung und StGB. in Widerspruch stehen, benutzte der Landtag diesen Anlaß, weitere Verfassungs- und strafgesetzwidrige Verschärfungen der Geschäftsordnung zu beschließen.

Die kommunistische Fraktion protestiert erneut gegen alle diese Willkür- und Gewaltmaßnahmen, sie brandmarkt das Verhalten der Landtagsmehrheit und des Präsidiums vor dem werktätigen Volke. Sie weist die arbeitenden Massen auf die Tatsache hin, daß Sozialdemokraten und Demokraten im Bunde mit den Reaktionären alle Schattierungen die parlamentarische Demokratie in den Kot treten. Indem wir verlangen, daß den noch ausgeschlossenen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion der sofortige Wiedereintritt zugestanden wird, erklärt die Fraktion den arbeitenden Massen, daß sie nicht ruhen wird in der rücksichtslosesten und energischsten Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes.

Wir wissen, daß die proletarischen Massen in diesem Kampfe hinter uns stehen. Je mehr sie die Kommunistische Partei, das Sprachrohr der proletarischen Massen, hier im Hause zum Schweigen zu bringen versuchen, desto lauter wird das Proletariat draußen sprechen, desto schärfer wird der außerparlamentarische Kampf der hungernden Arbeitermassen gegen diesen Staat der Kapitalisten und Ausbeuter entbrennen.

Berlin, den 7. Juni 1923.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages.

Erklärung des Genossen Ernst Meyer

Nach meiner Rückkehr von einer mehrmonatigen Reise möchte ich folgendes feststellen: Auf Grund des Studiums der Protokolle des Landtags und der Akten des Aeltestenrats erkläre ich mich mit dem Verhalten meiner Fraktion, das zum Ausschluß führte, solidarisch und schließe mich ausdrücklich dem Protest meiner Fraktionsfreunden an.

Die gleiche Erklärung habe ich im Namen der Abgeordneten Geschke, Plenge und Stellerup abzugeben.

Berlin, den 7. Juni 1923.

Dr. Ernst Meyer, Vors. d. Landtagsfraktion der KPD.

Leinert, der neue Reichslügenverbandsgeneral

(Eigener Bericht)

—tt— Berlin, 7. Juni.

Im Landtage haben bekanntlich die Sozialdemokraten unseren Genossen Katz dauernd mit dem Zuruf § 51 (Unzurechnungsfähigkeitsparagraph) und anderer impertinenten Beleidigungen zu provozieren gesucht. In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse tauchten dann zur Zeit des Ausschlusses der Kommunisten aus dem Landtage Artikel auf „Der Vatermörder Katz". Es stellte sich heraus, daß Leinert, der Landtagspräsident und Oberbürgermeister, der Urheber der Ehrabschneidereien ist. Gestern wurde diese schamlose Niedertrachtigkeit Leinerts von unserem Genossen Piek gebrandmarkt. Das bürgerliche „8-Uhr-Abendblatt" berichtet darüber unter der Ueberschrift:

„Der „Vatermord" des Kommunisten Katz":

„Mit großer Spannung folgt das Haus den Darlegungen des Abgeordneten Piek über eine „seltsame Benutzung der Personalakten des Abgeordneten Katz durch den Präsidenten Leinert" in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Hannover. Piek stellt fest, daß auf Leinerts Studium der Personalakten des Abg. Katz das Gerücht entstanden sei, Katz sei im Verlauf des gegen ihn erhobenen Anklageverfahrens als Vatermörder auf Grund von § 51 freigesprochen worden. Ausführlich erläutert der Abg. Piek, daß dieser auffallende Vorwurf gegen seinen Fraktionsgenossen sich auf Material stütze, das der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor siebzehn Jahren gegen Katz zusammengebracht habe, und das nur dem Oberbürgermeister Leinert zugänglich gewesen sei. Der Reichsverband selbst hat damals später sein Bedauern darüber ausdrücken müssen, gegen Katz eine so schwerwiegende Beschuldigung aufgestellt zu haben. Die Geschichte des angeblichen Vatermordes erzählte Piek ebenfalls ausführlich. Im wesentlichen stellt er fest, daß der Abg. Katz vor siebzehn Jahren von seinem Vater, der an notorischer Trunksucht litt, im Rausch angefallen wurde. Der unglückliche Vater des Abgeordneten Katz sei danach in eine Trinkerheilanstalt überführt worden. Hier sei er später an einem Blutsturz zugrunde gegangen. Der Abgeordnete Piek stellt unter großer Bewegung des Hauses am Schluß seiner Darstellung erneut fest, daß die Verdrehung dieses traurigen Falles in der oben angedeuteten Form auf Grund der Aktenkenntnis des Oberbürgermeisters Leinert erfolgt sei."

Durch diese von Leinert unwidersprochen gebliebenen Feststellungen ist erwiesen, daß dem „Ehrenmann" von einem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten und Oberbürgermeister Waffen zur Bekämpfung der Kommunisten nicht zu schmutzig sind, die selbst der Reichslügenverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie „seligen Angedenkens" als zu gemein aus der Hand gelegt hatte. Ein Leinert nimmt sie nach siebzehn Jahren zur Ehrabschneiderei gegen seinen ehemaligen Parteigenossen Katz wieder auf. Die VSPD. läßt sich Leinert als Mitglied, Landtagspräsident und Oberbürgermeister gefallen. Die VSPD. kuscht unter den Reichslügenverband gesunken. Ihre Presse bekundet das täglich durch ihre Kommunistenhetze.

Ausdehnung des Streiks in Oberschlesien

(Eigene Drahtmeldung)

Gleiwitz, 8. Juni.

Der Streik im Hindenburg-Bezirk breitet sich aus und hat schon einen Teil des Gleiwitzer Bezirks erfaßt. Insgesamt stehen bis jetzt 65 000 Arbeiter im Ausstande. Eine Reihe weiterer Betriebe haben Forderungen gestellt und dürften ebenfalls im Laufe dieser Tage in den Streik treten.

Gestern fand in Beuthen eine gewaltige Demonstration statt, an der sich etwa 30 000 Arbeiter beteiligten. Auch in Hindenburg demonstrierten 35 000 bis 40 000 Mann. Sie forderten sofortiges Alkoholverbot und Kontrolle der Schlemmerstätten durch die Arbeiterschaft. Den Forderungen wurde entsprochen. Der Stadtverordnetensitzung wurde eine dringende Forderung nach Massenspeisungen unterbreitet. Die Schupo, die auf einigen Hindenburg-Betrieben eingesetzt werden sollte, mußte auf Verlangen der Streikenden wieder zurückgezogen werden.

Die Gewerkschaften suchen nach wie vor den „wilden Streik" zu sabotieren. Lediglich der politische Zentralvorstand hat an die Zentralstreikleitung, die aus Arbeitern aller Gewerkschaftsrichtungen zusammengesetzt ist, in einem Schreiben die Solidarität mit den Streikenden bekundet.

Gestern fand sich in Berlin eine Delegation der Streikenden ein, die durch Vermittlung des Genossen Koenen bei den Zentralkörperschaften der Gewerkschaften und Vertretern des Reichsarbeitsministeriums vorstellig wurde. Die Forderungen wurden von beiden Stellen ausweichend beantwortet. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.

Sofortige und aktive Unterstützung der Streikenden im ganzen Reiche durch die Arbeiterschaft ist notwendig.

Massenentlassungen der Eisenbahner

Die deutschen Eisenbahner erhalten nun vom General Groener den Dank für die Durchführung der passiven Resistenz im Ruhrgebiet für ihre Opfer, die sie im glorreichen „Abwehrkampf" gebracht haben. Ueber tausend Eisenbahner des neubesetzten Gebietes sind von der französischen Regierung ausgewiesen worden und irren im unbesetzten Gebiet umher. Die herrschende Klasse und die Cuno-Regierung unternimmt nichts, um das Los der Ausgewiesenen zu mildern, geschweige denn zu beseitigen.

Unter dem Druck der Eisenbahner nahm der General Groener seine im Januar erlassene Verfügung betr. Entlassung von Arbeitern und Beamten am 12. Februar zurück. Die Kapitulation der Cuno-Regierung vor Poincaré macht die Aufrechterhaltung der von der Regierung gepredigten passiven Resistenz durch die Eisenbahner überflüssig. Der Reichsverkehrsminister glaubt deshalb, nun auch an die Verwirklichung seiner Pläne gehen zu können. Das Stinnesprogramm, die Grundlage des grandiosen Angebots der Schwerindustrie, wird durchgeführt.

Nachstehender Erlaß des Reichsverkehrsministeriums, der an sämtliche Reichsbahndirektionen ging, zeigt, daß die Anweisungen für die Massenentlassungen von Arbeitern und Beamten bereits erfolgt sind:

Der Reichsverkehrsminister.
E. II. 25. Nr. 6452/23

Der Erlaß vom 12. Februar 1923 — E. II. 25 Nr. 336/23 — betreffend Verbot der Entlassung von ständigen Arbeitskräften, die infolge des Verkehrsrückganges entbehrlich geworden sind oder noch werden, wird mit dem heutigen Tage für das unbesetzte Gebiet aufgehoben.

gez.: Groener.

Die Reichseisenbahndirektionen geben den Befehl Groeners an die ihnen untergeordneten Aemter wie folgt weiter:

An alle Aemter

— je besonders —

Vorstehender Erlaß wird im Anschluß an den Ministerial-Erlaß vom 12. Februar 1923 — E. II. 25. 336/23 — und die RBJ-Verfügung vom 18. 2. 23. — I. 2. I. 8197/23. P. 41 — zur Kenntnis gebracht. Die bisherige Einschränkung betreffend Entlassung ständiger Arbeitskräfte fällt somit weg, auch ständige Arbeitskräfte, die entbehrlich geworden sind oder noch werden, können entlassen werden.

gez.: Mantell.

Beglaubigt: . . ., Eisenbahnobersekretär.

Obwohl dieser Erlaß schon vor einigen Wochen herausgegeben wurde und die Gewerkschaften davon unterrichtet sind, schweigen diese. Die Zahl der angeordneten Entlassungen beträgt über 30 000. Sie dürfte noch wesentlich erhöht werden durch die beabsichtigte Entstaatlichung der Reichsbahn. Die Eisenbahner, die unter den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, müssen in schärfster Weise gegen die Pläne des Reichsverkehrsministeriums Front machen. Sie dürfen nicht dulden, daß sie jetzt als Dank für die Befolgung der Richtlinien der Regierung während des Ruhrkampfes auf die Straße geworfen werden. Alle Proteste werden vergeblich sein, die Aufhebung der von Groener angeordneten Maßnahmen nicht erzwingen, wenn die Eisenbahner nicht bereit sind, mit ihrer ganzen Kraft zur Abwehr dieser Angriffe überzugehen.

Sturz der Cuno-Regierung, die es wagt, hunderttausende dem Hungertode preiszugeben und Erkämpfung einer Arbeiter-Regierung, muß das Ziel der Eisenbahner sein!

Höllein verklagt den französischen Innenminister

WTB. Paris, 6. Juni.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein hat gestern vor einem französischen Gericht eine Klage gegen den Minister des Innern einreichen lassen, den er für seine weitere Haft verantwortlich macht. Höllein wird tatsächlich nur zur Repressalie für angeblich ungesetzliche Festhaltung von Franzosen in Deutschland weiter in Haft behalten.

Die „Justizreform" des monarchistischen Justizministers

(Eigener Bericht)

Berlin, 7. Juni.

Der Reichstag besprach in erster Lesung den Gesetzentwurf einer Strafrechtsreform.

Radbruch von der VSPD., der frühere Justizminister, lehnte die Vaterschaft von diesem Entwurf ab, den er als unzulänglich bezeichnete. Für die Kommunistische Fraktion sprach

Genosse Herzfeld.

Er bezeichnete den Gesetzentwurf als einen reinen Hohn auf eine freiheitliche Reform der Justiz. Die angeblich stärkere Heranziehung der Laien äußert sich wahrscheinlich darin, daß nunmehr alle Vergehen, die mit einer Strafe unter einem Jahr Gefängnis bedacht werden sollen, von einem Amtsrichter allein abgeurteilt werden sollen. Man stelle sich einen bayrischen Amtsrichter bei der Aburteilung politischer Vergehen vor. Der Staatsgerichtshof wird so mit einem Federstrich beseitigt.

Sie rufen mir zu: Aber die Berufung! Wir wissen doch, wie es mit der bestellt ist. In 75 Prozent aller Fälle bestätigt das Berufungsgericht das Urteil des Amtsgerichts. Drei Bureaukraten und zwei Laien bei der Strafkammer, das ist die verstärkte Heranziehung des Volkes zum Richtertum.

Machen Sie doch die Forderung der Sozialdemokratie wahr: die Wahl der Richter, der Schöffen und der Geschworenen durch das Volk. Sehen Sie dann zu, wie weit Sie damit kommen, uns ist nicht bange. Wir lehnen den Entwurf ab.

Am Schluß der Sitzung kam es über die Amnestiefrage zu einem Zusammenstoß zwischen dem Justizminister Heintze und dem Abgeordneten Rosenfeld (VSPD.). Dieser, der eine geringe Verschärfung der nichtssagenden Resolution des Rechtsausschusses zur Amnestiefrage begründete, warf dem Justizminister vor, er habe in Hamburg in einer Rede erklärt, daß er der Deutschnationalen Volkspartei am nächsten stehe. Heintze bekannte sich offen zu dieser Aeußerung: Er habe als Parteimann in einer Parteiversammlung gesprochen. Der Justizminister der Republik erklärt sich also im Reichstag der Republik für einen Gesinnungsgenossen der Partei, die die Monarchie erstrebt.

Genosse Herzfeld übte scharfe Kritik an der Behandlung des kommunistischen Amnestieantrages im Rechtsausschuß, der ihn mit den Stimmen der VSPD. ohne weiteres abgelehnt hat. Die Arbeiter müßten sich, wie in allen anderen Fällen, auch in diesen Falle selbst helfen.

Die Rechtsungültigkeit der bayrischen Volksgerichte

(Eigener Bericht)

Dresden, 7. Juni.

Das sächsische Justizministerium hat die ihm unterstellten Staatsanwaltschaften angewiesen, den Rechtshilfeersuchen bayrischer Volksgerichte von nun an nicht mehr zu entsprechen. Diese, seit 1919 bestehenden Volksgerichte sind überall als dienende Glieder des Faszismus bekanntgeworden. Auch einen Hamburger Rechtsspruch hatte schon vor einigen Wochen die Anerkennung der Urteile eines bayrischen Volksgerichts als rechtsungültig verweigert. Der Schritt des sächsischen Justizministeriums ist vollkommen berechtigt, nur zeigt sich auch hier wieder eine Halbheit dadurch, daß die Anweisung des Justizministeriums nicht gelten soll für die Volksgerichte, die auf Grund der bayrischen Ausnahmeverordnung vom 11. Mai 1923 amtieren. Sie sind um kein Deut berechtigter oder besser als die übrigen Organe der bayrischen Klassen- und Ausnahmejustiz. Auch sie müssen mit der Wurzel beseitigt werden.

Die deutsche Note und ihre Wirkung

Cunos Kapitulation vor Stinnes und der Entente

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. Juni.

Die deutsche Note ist gestern abend an die alliierten Regierungen übergeben worden. Sie stellt eine Ergänzung zum ersten deutschen Vorschlag dar und schlägt vor:

1. Entscheidung über Art und Höhe der deutschen Zahlungen durch ein internationales Schiedsgericht.
2. An Stelle des ursprünglichen Planes einer großen Auslandsanleihe vorläufig regelmäßige Jahresleistungen.
3. Als Sicherheiten:
   a) 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab aus den Reichsbahneinnahmen, die zu diesem Zwecke vom Reichsvermögen loggelöst und durch Geldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark verpfändet werden.
   b) Die gleiche Summe vom gleichen Datum ab durch Heranziehung der gesamten deutschen Wirtschaft ebenfalls durch Auflage von Geldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark.
   c) Zölle auf Genußmittel und Verbrauchssteuer auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols werden als Sicherheiten verpfändet. Der sofortige Ertrag daraus wird auf 200 Millionen Goldmark jährlich gesetzt.
4. Mündliche Verhandlungen werden vorgeschlagen.

Das Memorandum bedeutet die endgültige Kapitulation der Cuno-Regierung vor der Schwerindustrie und der Entente. Der „Vorwärts" und die bürgerlichen Zeitungen, auch die „VZ.", erklären ausdrücklich ihre Befriedigung über die Note. Für die Arbeiterschaft kann es nur allerschärfsten Kampf dagegen geben.

Ungünstige Aufnahme der Note in Frankreich

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 8. Juni.

In den französischen Kreisen hat die Note keinen allzu günstigen Eindruck gemacht. Der Inhalt wird bei weitem nicht als befriedigend bezeichnet. Im übrigen werden die vom „Temps" formulierten Forderungen dagegen gestellt: Einstellung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet. Staffelweise Räumung nur nach Maßgabe einer Zahlung von 26 Goldmilliarden plus der Schulden, die Frankreich an England und Amerika zu zahlen hat. Ablehnung jeder Diskussion über Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Ablehnung auch eines internationalen Schiedsgerichts hierüber. Vorbehaltung aller Einnahmequellen (Pfänder) im besetzten Gebiet für die Reparationszahlungen.

Dollar heute vormittag 77 000 Mark

Zurückhaltung in England

(Eigene Drahtmeldung)

London, 8. Juni.

Die englische Regierung verhält sich noch zurückhaltend. Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte Baldwin, daß die englische Regierung Schritte zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage unternehmen wird. Welcher Art diese sein sollen, verschwieg er.

Neuer Steuerraubzug für Reparationszwecke

(Eigener Bericht)

Berlin, 7. Juni.

Am Donnerstag stand im Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über die gegenwärtige Notlage zur Beratung. Die Sozialdemokraten hatten den Gewerkschafter Aufhäuser vorgeschickt, sicher in der Absicht, durch eine möglichst radikal abgestimmte Rede ihre wankenden Anhängerscharen festzuhalten. Er forderte Uebertragung von Anteilen der Industrie auf das Reich, eine Reform der Steuergesetzgebung, wobei er aber nicht einmal wagte, die Abschaffung der Lohnsteuer zu verlangen. Die Sozialdemokratie bittet die Regierung dringend, Abhilfe zu schaffen, damit es nicht zu einer Mobilisierung der Massen komme.

Der Arbeitsminister Brauns zählte auf, was alles schon geschehen sei, die Not der Arbeiter zu lindern und die Unterstützungssätze der Sozialrentner, Kleinrentner usw. zu erhöhen. Er kündigte an, daß auch die Arbeitslosenunterstützung wieder erhöht werde. Die Regierung habe eine Erhöhung von 33⅓ Prozent vorgeschlagen. Notstandsarbeiten würden gefördert, Arbeiter möglichst auf das Land abgeschoben, Landarbeiterwohnungen würden gebaut werden, durch welche Mittel man versuche, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Preisabbau ist wichtiger als Lohnzulagen. Die Lohnfrage sei noch nicht abgeschlossen, es fänden schon wieder neue Verhandlungen auf Lohnaufbesserungen statt. Im übrigen sprach sich Braun gegen die gleitende Lohnskala und gegen die Forderungen von Goldlöhnen aus.

Der Finanzminister Hermes gab zu, daß die Geldentwertung die Steuergesetzgebung völlig über den Haufen geworfen hat. Die Vorschußzahlungen der Steuern seien unzulänglich. Sie müssen mindestens das Zwanzigfache der Veranlagung des Jahres 1922 betragen. Auch die Vermögens- und Körperschaftssteuern müßten der Geldentwertung angepaßt werden. Er hoffe, die Besitzsteuern so auszugestalten, daß der Besitz bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit herangezogen wird (?), aber deshalb könne nicht an den Verbrauchsabgaben vorübergegangen werden. Man müsse sich auf eine starke Erhöhung der Verbrauchssteuer gefaßt machen.

Der Wirtschaftsminister Becker setzte mit einer scharfen Polemik gegen Aufhäuser ein. Den Vorwurf Aufhäusers, daß heute Wirtschaftsanarchie herrsche, pariert er mit dem Hinweis, daß ja die letzten vier Jahre Sozialdemokraten in der Regierung gesessen und daß prominente Führer der Sozialdemokraten die Sozialisierung für Unsinn erklärt haben. Er verteidigte im Weiteren die Investierung deutschen Kapitals im Auslande in einer Form, die geradezu als Anreizung zur Kapitalverschiebung erscheint.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230608-13/fragment/page=0002

Etwas Neues in der internationalen Arbeiterbewegung

Von G. Sinowjew

(Schluß)

Der Hamburger Kongreß der „Internationale der gewesenen Minister“ ist nichts anderes als ein Verein für Rettung bankrotter Führer. Es sind das — die stillen Toten von morgen. Es sind das — gebrandmarkte Charlatane, Bankrotteure, die nichts zu verlieren haben. Für die äußere Welt: zur Schau gestellte Einmütigkeit, in der Wirklichkeit sind sie aber wie Taranteln in der Flasche. Gegenseitigen Haß, gegenseitige Intrigen gibt es hier in Hülle und Fülle. Die Atmosphäre ist dort, schreibt uns ein Genosse, so abscheulich, daß einige der Mitglieder reformistischer Parteien in privaten Unterredungen mit den Delegierten des kommunistischen internationalen Aktionskomitees sich über einander beklagen.

Das war auch von vorherein klar; denn welche Hochachtung kann es bei ihnen gegeneinander geben, bei diesen Leuten, die gestern und sogar heute noch (im Zusammenhange mit der Ruhrangelegenheit) gegenüber den „Bruderparteien“ Wort für Wort die Anklagen wiederholen, die die Bourgeoisie des „eigenen“ Landes gegen den „Feind“ erhebt. Es ist nicht verwunderlich, daß unter diesen jämmerlichen Menschlein, unter diesen kläglichen Intriganten selbst der Menschewist Abramowitsch im Brusttone der Ueberzeugung von seiner Wichtigkeit spricht. Gleichzeitig diktiert aber die allgemeine politische Lage allen diesen „Führern“ gebieterisch eine gegenseitige politische Versicherung, und der Hamburger Kongreß inszeniert mit allen Mitteln eine „Einheit“.

„Der Kongreß in Hamburg findet unter dem Zeichen einer direkt physischen Angst vor den Kommunisten und der politischen Zuspitzung der „Einheitsfront“ gegen die Kommunisten statt. Der Hamburger Kongreß ist ganz von einem anti-sowjetistischen, antikommunistischen Haß erfüllt“, so charakterisieren den Kongreß Genossen, die in den Tagen des Kongresses etwas Hamburger Luft geschöpft haben. Und doch werden säuerlich-süße Resolutionen gegen die Courzon-Note, angeblich zum Schutz Sowjet-Rußlands, angenommen. Man will es nicht und muß es doch . . .

Verwunderlich ist natürlich nicht das, daß ein bedeutender Teil der sozialdemokratischen Arbeiter „im Herzen“ nicht mehr bei den Sozialdemokraten ist. Verwunderlich und auf den ersten Blick völlig unbegreiflich ist es, daß um eine solche Bande, wie sie sich in Hamburg versammelt hat, sich noch immer, wenn auch „ohne Seele“, bedeutende Schichten der Arbeiterschaft gruppieren. Der Einfluß der Arbeiteraristrokatie in der Arbeiterbewegung erwies sich stärker als wir annahmen. Die wirtschaftlichen Bande, die die aristokratischen Spitzen der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie (und folglich auch mit den Sozialdemokraten) verknüpfen, erwiesen sich viel stärker als angenommen werden konnte. Außerdem befindet sich auf seiten der Sozialdemokraten die Kraft der Tradition, die Trägheit, Kraft der Gedankenfaulheit. Und was die Hauptsache ist: die Stimmung des durch das Gespenst des Bürgerkrieges erschreckten Durchschnittsarbeiters. Diese Stimmung kann folgendermaßen charakterisiert werden: Vielleicht werde ich diesem bitteren Kelch doch irgendwie entgehen. Vielleicht wird es doch zu keinem revolutionären Kampf kommen, der mich zwingen könnte, mein Leben aufs Spiel zu setzen. Dieser Durchschnittsarbeiter sieht oft die ganze Kläglichkeit der Helden der Sozialdemokratie, aber auch er selbst bringt nicht genügend Mut auf, um alle Brücken hinter sich niederzubrennen und ein für allemal das jenseitige Ufer zu verlassen. Außerdem darf auch nicht vergessen werden, daß die heutige Sozialdemokratie immer mehr aufhört, ihrer Zusammensetzung nach eine Partei der Arbeiter zu sein, immer krampfhafter nach einer neuen sozialen Basis sucht, und immer mehr von kleinbürgerlichen Elementen überflutet wird.

Auf Grundlage aller dieser Umstände reifen — vorläufig noch langsam, für das unbewaffnete Auge unsichtbar — neue Prozesse in der internationalen Arbeiterbewgung heran. Das Band bedeutender Schichten der Arbeitermassen mit der Sozialdemokratie bildet nunmehr bloß ein ganz dünnes Fädchen. Eines schönen Tages wird dieses Fädchen reißen und in schnellem Tempo wird eine zu riesigen politischen Folgen führende Umgruppierung der Arbeiterklasse einsetzen.

Nur auf Grundlage dieser Erwägung kann die volle Bedeutung der erwähnten internationalen Konferenz der Transportarbeiter, die den ersten großen Sieg der Einheitsfront-Taktik darstellt, begriffen werden. Heute wurde an einer Stelle eine Bresche geschlagen, morgen wird es an andern geschehen, die vielleicht noch unerwarteter für die Herren Vandervelde und Henderson sein werden. Schon jetzt kann mit ernstlicher Grundlage angenommen werden, daß dem Beispiel der Transportarbeiter eine Reihe anderer gewerkschaftlicher internationaler Verbände folgen wird: die der Metallisten, Lederarbeiter, Holzarbeiter, Schneider, landwirtschaftlichen Arbeiter usw.

Es ist so geschehen, daß die Internationale Konferenz der Transportarbeiter, die den Anfang der Einheitsfront der Roten Gewerkschaftsinternationale und der besten Elemente Amsterdams geschaffen hat, gerade in dem Augenblick stattgefunden hat, als alle sogenannten Führer und Notabeln der 2. und 2½. Internationale in Hamburg bis zur Heiserkeit, bis zur völligen Erschöpfung gegen die Kommunisten geiferten und ihre Anhänger bei allen menschewistischen Göttern beschwörten, an keinerlei einer Einheitsfront ähnlichen Gebilde mit den Kommunisten, diesen bösen Feinden des Kapitalismus, zu denken. Die Führer der Amsterdamer Internationale sind im großen und ganzen mit der gleichen Salbe geschmiert, wie die Führer der 2. Internationale. Nur als Ausnahme sind unter ihnen auch mehr oder minder ehrliche Leute zu finden. Ein solcher ist Edo Fimmen. Immerhin haben im Amsterdamer Gewerkschaftsbund die Arbeiter das Uebergewicht. Wie bureaukratisch die Amsterdamer Organisation auch sein mag, immerhin haben die Arbeiter hier die Möglichkeit, das Bewußtsein ihrer „Führer“, wenn auch nicht ohne Mühe, aufzurütteln und sie zu veranlassen, gewissermaßen der Stimmung der Arbeitermassen Rechnung zu tragen. Damit ist auch die Tatsache zu erklären, daß, entgegen dem Willen der „reinen Politiker“ (oder besser gesagt schmutzigen Politikaster), die internationale Konferenz der Transportarbeiter doch als Bahnbrecher in der Zusammenfassung der Arbeiter gegen Krieg und Faszismus aufgetreten ist.

Für alle, die die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Komintern und namentlich zwischen den russischen Gewerkschaften und dem Exekutivkomitee der Komintern kennen, ist es kein Geheimnis, daß die Taktik der russischen Vertreter auf der internationalen Konferenz der Transportarbeiter von der Kommunistischen Internationale in vollem Umfange gebilligt wird. Wir haben keinerlei Anlaß, unsere Stellung zur Amsterdamer Internationale im allgemeinen einer Revision zu unterziehen. Das hindert uns aber nicht im mindesten daran, jeden, wenn auch geringsten Versuch, der einen oder andern Teile des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes zur Befreiung vom bürgerlichen Einfluß der gelben Führer und zur Vereinigung mit den Roten Gewerkschaften für den Kampf gegen die Bourgeoisie wärmstens zu begrüßen. Seit der Berliner Konferenz der drei Internationalen, die infolge der Bemühungen der Sozialverräter mißlungen ist, bis zur internationalen Konferenz der Transportarbeiter, die zweifellos gelungen ist, und den ersten Grundstein für die Zusammenfassung der internationalen Gewerkschaftsbewegung niedergelegt hat, ist ein weiter Weg zurückgelegt.

Und sie bewegt sich doch — können wir sagen, wenn wir auf dieses Stück zurückgelegten Weges zurückblicken.

Wir wiederholen: in der tiefsten Tiefe der internationalen Arbeiterbewegung setzt etwas Neues ein. Drücken wir unser Ohr an den Boden und horchen wir auf das aufmerksamste auf das, was vorgeht. Tun wir unsererseits alles Mögliche, machen wir alle zulässigen Konzessionen, um eine wirkliche Vereinigung mit jenen Arbeitern aus der Amsterdamer Internationale zu erreichen, die endlich anfangen, die verfluchte Bannkraft der bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideen abzuschütteln.

Der Erfolg der internationalen Konferenz der Transportarbeiter ist — und zwar schon im Großen, im Massenmaßstabe — der Anfang der Durchführung der Einheitsfront-Taktik. Wir sind auf dem richtigen Wege. Die Einheitsfront-Taktik entspricht vollkommen jener komplizierten Lage, in der sich im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung die internationale Arbeiterbewegung befindet. Die Einheitsfront-Taktik steigern, weiter entwickeln, und, der Lage in jeder einzelnen Gewerkschaft entsprechend, genauer kennzeichnen und differenzieren — das sind die Aufgaben der Kommunisten. Eine der grundlegenden Aufgaben der bevorstehenden Tagung der Erweiterten Exekutive der KJ. und der RGJ. wird in der Erörterung dieser Fragen bestehen.

Es pocht etwas Neues an die Tür, aber alle Türen schließen wir — werden die gelbn Führer der 2. Internationale von sich sagen. Wir aber — wir begrüßen dieses Neue, sind bestrebt, es zu ergründen und schreiten ihm freudeerfüllt entgegen.

Proletarische Hundertschaften schützen vor Provokateuren

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht unter obiger Ueberschrift den nachstehenden Aufruf des sächsischen Landesausschusses der Betriebsräte:

„Ungeheuer steigt die Not der arbeitenden Bevölkerung. Immer verzweifelter wird die Situation für das gesamte Proletariat. Durch öffentliche Versammlungen und Demonstrationen versuchen die arbeitenden Massen die Behörden und die Regierungen auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Die Bourgeoisie weiß, daß die durch sie verschuldete fortschreitende Verelendung des Proletariats sich eines Tages in einem allgemeinen Aufstand Luft machen muß.

Sie wissen, daß dieser allgemeine Aufruhr sie im Handumdrehen erledigt. Deshalb versuchen sie jetzt die Arbeiterschaft orts- und bezirksweise zu schwächen. Aus diesem Grunde lassen sie die Arbeiterschaft durch ihre Spitzel, Hakenkreuzler, Pinkertons und sonstiges Gelichter bei jeder Gelegenheit und bei den verschiedensten Anlässen provozieren. Diese Kreaturen arbeiten Hand in Hand mit reaktionären Polizeioffizieren, die auf den günstigen Moment warten, um unter der Arbeiterschaft ein

grausiges Blutbad

anrichten zu können.

Arbeitskollegen im ganzen Reich! Diese Gefahren könnt Ihr abwehren, wenn Ihr überall gemeinsame proletarische Hundertschaften bildet. Nur diese sind in der Lage, Euch zu schützen. Sie haben in Dresden die Absichten der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer durchkreuzt. Wie in Gelsenkirchen, haben auch in Dresden die proletarischen Hundertschaften den Sicherheitsdienst übernommen.

Jeden Augenblick könnt Ihr, Arbeitskollegen im Reich, vor der gleichen Situation stehen.

Darum bildet schnell proletarische Abwehrformationen!

*

Richtlinien für gemeinsame Hundertschaften in Ostsachsen

Die Arbeiterschaft der Gebiete Plauen, Zwickau und Dresden hat es sich angelegen sein lassen, die Bildung der gemeinsamen Abwehrformationen gemäß den Vereinbarungen in die Wirklichkeit umzusetzen — trotz aller Sabotage der rechten VSPD.-Führer. Zwischen den Bezirksleitungen der VSPD. und der KPD. sind über den Aufbau der gemeinsamen Abwehrorganisationen Vereinbarungen getroffen worden, aus denen hervorzuheben ist, daß der Selbstschutz wirklich in den Betrieben seine Grundlage hat und die Mitglieder verpflichtet sind, für die gemeinsamen Abwehrformationen überall zu wirken. Nun muß aber auch in Leipzig gegen und trotz Lipinski und Fleißner der gemeinsame Selbstschutz von unten auf erzwungen werden.

*

Aus Thüringen

Die kommunistische Landtagsfraktion Thüringens hat an den Innenminister Hermann Anfragen gerichtet wegen Mißhandlungen eines jungen Arbeiters durch einen reaktionären Wachtmeister der Gothaer Landespolizei und wegen eines Rektors, der als Schulleiter in Zella-Mehlis beträchtliche Mengen von Nahrungsmitteln aus der Quäkerspeisung unterschlagen und den unterernährten Proletarierkindern gestohlen hat, wobei das Gericht diesen Fall systematisch vertuscht, indem es dem Rektor im Wege gerichtlicher Verfügung nur einige tausend Mark Geldstrafe auferlegte.

Die Erwerbslosen demonstrierten am 6. Juni in ganz Thüringen für ihre Forderungen: Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, bis dahin Unterstützungsauszahlung in der Höhe des Existenzminimums, Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, gesetzliche Anerkennung der Erwerbslosenräte.

In einer imposanten Massenkundgebung demonstrierte die Gothaer Arbeiterschaft für die Schaffung einer Arbeiter-Regierung in Thüringen und im ganzen Reiche. Sie forderte die VSPD. und KPD. Thüringens gleichzeitig auf zur gemeinsamen Einberufung eines Betriebsrätekongresses und zur Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen sowie zur Bildung von Kontrollausschüssen zur Bekämpfung des Wuchers.

*

Das Glimmen unter der Asche

Bezirk Mittelrhein. Die Situation im Bezirk Mittelrhein verschärft sich mit jedem Tag. Seit dem Streik der Straßenbahner im Stadt- und Landkreise Köln macht sich eine wachsende Erregung der Metall- und Chemischen Industrie infolge der zunehmenden Teuerung bemerkbar. Auch auf die Bergarbeiter des Wurmgebiets ist die Gärung übergegangen. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist in ständiger Steigerung begriffen. Allein in Aachen gibt es 30 000 Arbeitslose, die gleiche große Zahl wird aus Köln gemeldet.

Im Saargebiet herrscht nach dem verlorenen Streik unter den Bergarbeitern eine starke Erregung, so daß der Ausbruch neuer Streiks in der nächsten Zeit nicht überraschen könnte. Trotz der Erklärung der Unternehmer, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden, liegen im Saargebiet jetzt noch 3000 gemaßregelte Bergarbeiter auf der Straße.

Das englische Ultimatum an Sowjet-Rußland

Die „Iswestia“ vom 1. Juni veröffentlichen den vollständigen Teil des englischen Memorandums an die Sowjetregierung. Der wesentliche Teil dieser Erklärung lautet:

„Die Sowjetregierung übernimmt in ihrem Namen und im Namen aller verbündeten und föderierten Regierungen folgende Verpflichtungen: Enthaltung von allen feindlichen Handlungen und Unternehmen gegen Großbritannien und von jeder offiziellen, direkten oder indirekten Propaganda außerhalb ihrer Grenzen gegen die Einrichtungen des Britischen Imperiums, insbesondere Enthaltung von jedem Versuch, durch militärische, diplomatische oder irgendwelche andere Mittel der Beeinflussung oder der Propaganda, irgendeiner der Völker Asiens zu britischen Interessen feindlichen Handlungen zu veranlassen, und zwar in keiner Form, insbesondere in Indien und dem unabhängigen Staat Afghanistan.“

Das im übrigen absichtlich in sehr freundlichem Tone gehaltene Memorandum schließt mit folgenden ultimativ klingenden Drohungen: „Zum Schluß muß die britische Regierung die Sowjetregierung darauf aufmerksam machen, daß die Zeit gekommen ist, eine endgültige Antwort auf ihre Vorschläge zu geben . . . Von der Sowjetregierung hängt sowohl der Abschluß des Streites wie auch das Aufrechterhalten des Handelsvertrages ab, und sie kann es tun, indem sie unzweideutig die gegenwärtigen Vorschläge annimmt. Verpaßt sie aber diese Möglichkeit, so wird die öffentliche Meinung beider Länder unschwer erkennen können, auf wen die Verantwortung dafür fallen würde.“

Aus den in den letzten Tagen aus Moskau einlaufenden Meldungen scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Sowjetregierung das Curzonsche Diktat nicht annehmen wird.

*

Die „Prawda“ vom 5. Juni setzt die Veröffentlichung der Dokumente über englische Treibereien gegen Sowjet-Rußland in Asien fort.

Der englische Konsul in Kashgar, Esserton, machte eine Reise nach dem russischen Pamir, wo er Besprechungen mit den Bandenführern hatte; **er versah sie mit Waffen und redete ihnen zu, die Sowjetmacht zu beseitigen;** der englische Vizekonsul in Kashgar, Morice, begab sich nach Kuldja **zu Besprechungen mit den Führern der russischen Weißgardisten, die in Westchina konzentriert sind; es handelte sich dabei um die Frage einer Intervention in Semiretschie mit englischer Hilfe.** Ferner veröffentlicht die Zeitung Angaben über die militärische Hilfe, die die Engländer den Banden zukommen ließen, unter anderem über die enge Verbindung mit Enver-Pascha; die Zeitung bringt Zitate aus den Briefen des Emirs von Buchara an die Bandenführer, **in denen er von der erzielten Verständigung mit England über gemeinsame Militäroperationen berichtet.**

In allen drei Fällen ist es der Roten Armee gelungen, die englischen Pläne zeitig zu durchkreuzen. Nach dem Tode Envers fand in Kabul **unter Teilnahme zweier englischer Agenten eine Besprechung der Bandenführer statt, über die weiteren Kampfmaßnahmen gegen die mittelasiatischen Sowjetrepubliken; dabei wurde beschlossen, daß England Munition liefern müsse und daß zwei Vertreter der Bandenführer in Afghanistan bleiben sollen, um die Verbindung mit den Engländern aufrechtzuerhalten.**

Vom Tage

Ein billiges Vergnügen

Ein ausgekochter Lebemann in Berlin hatte mit jungen Mädchen, die er auf mannigfache Weise in seine hochelegante Wohnung einlud, Orgien gefeiert, bis die Mieter eine Anzeige erstatteten wegen des auffälligen Treibens. Die Mieter sahen junge Mädchen in dem Hause ein- und ausgehen und sie hörten oft Peitschenknallen, Aechzen und Hilferufe aus der Wohnung, wo Weingelage mit den „Kavalieren“ stattfanden. Es kam in der Verhandlung das tollste Treiben aus dem Wüstlingsleben zur Sprache. Nach der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte, bei dem ein Notizbuch mit über hundert Adressen junger Mädchen gefunden wurde, wegen **Verführung zu 2 Jahren Gefängnis** verurteilt. (Der Staatsanwalt hatte sogar nur 3 Monate beantragt.) Aus unbegreiflicher Rücksicht auf den Angeklagten wurde aber die Gefängnisstrafe sogleich **in 600 000 Mark Geldstrafe umgewandelt.** Diese Summe von etwa 30 Goldmark ist kaum so viel, wie sich die Kavaliere aus Berlin W das Vergnügen eines einzigen Abends mit jungen Mädchen kosten lassen. Und mit einer so billigen Vergütung läßt man diese Schweinigel wieder auf die Mädchenwelt los! Man vergleiche damit nur die grausamen Urteile gegen Angehörige der besitzlosen Klassen, die sich aus Not ein Verbrechen gegen die bürgerliche Ordnung zuschulden kommen lassen oder auch die langjährigen Zuchthausstrafen gegen Frauen, die gegen den Abtreibungsparagraphen verstoßen. Erhielt doch jüngst erst eine Krankenschwester in Mannheim **4 Jahre Zuchthaus** dafür, daß sie einer verzweifelten Proletarierfrau „verbotene Hilfe“ geleistet hatte.

Zwei Arbeiter getötet. Im Betriebe der August-Thyssen-Hütte wurden vier Arbeiter, die mit der Reparatur eines Oelkessels beschäftigt waren, durch entweichende Preßluft an die Wand geschleudert. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, während die anderen schwere Quetschungen erlitten.

Aus der Provinz

Die Eilenburger Metallarbeiter gegen die jetzige Lohnpolitik

In einer starkbesuchten Versammlung haben die Eilenburger Metallarbeiter einmütig folgende Entschließung angenommen:

„Die am 5. Juni im Muldetal tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des DMV., Zahlstelle Eilenburg, **verurteilt auf das schärfste die Lohnpolitik, die von der Bezirksleitung und Lohnkommission getrieben wird.** Sie kann es durchaus nicht verstehen, daß man in einer Zeit, wo die Geldentwertung und die Verelendung der Arbeiterschaft geradezu rapide Formen angenommen hat, sich überhaupt noch wagt, mit einem Lohnabkommen, wie das zuletzt getätigte, an die Mitglieder heranzutreten.

Die Versammelten fordern eine sofortige **Entschuldungssumme für Verheiratete von 200 000 Mk., für Ledige von 150 000 Mk. und sofortige Lohnverhandlungen entsprechend den Teuerungsverhältnissen.**

Ferner beauftragen wir die Bezirksleitung, dahin zu wirken, daß von seiten des Hauptvorstandes endlich Maßnahmen ergriffen werden, um der Verelendung der Arbeiterschaft Einhalt zu gebieten.

Wir sind fest überzeugt, daß eine Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft nur durch zentrale Zusammenfassung aller Kräfte und tatkräftige Unterstützung aller Kämpfe möglich ist und schlagen vor, folgenden Forderungen zur Durchführung zu verhelfen:

1. **Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen.**
2. **Maßnahmen zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und wirtschaftlichen Zusammenbruchs.**
3. **Maßnahmen zur Annullierung des Versailler Vertrages und zum Wiederaufbau Europas.**
4. **Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution und Wirtschaftssabotage.**

Für diese Forderungen sind wir gewillt, unsere ganze Kraft einzusetzen.“

Die Bauarbeiter sind mit den Lohnverhandlungen unzufrieden

Wohl werden jetzt neue Lohnabkommen zwischen Unternehmertum und Gewerkschaften abgeschlossen. Dieselben haben aber meist so geringe Ergebnisse, daß sich die Arbeiterschaft, wenn sie nicht verhungern will, nicht damit zufrieden geben kann. So richtete anläßlich einer Betriebsversammlung auf Grube Ludwig bei Paupitzsch die Belegschaft der Berliner Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen folgenden Beschluß an den Gauleiter Koch vom Deutschen Baugewerksbund:

„Die Belegschaft der Berliner Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen, Grube Ludwig bei Paupitzsch, protestiert aufs schärfste gegen eine Lohnverhandlung, wie sie am 28. Mai in Magdeburg stattgefunden hat. Begründung: Durch die Taktik, wie sie dort der Gauleiter angewandt hat, ist das Mitbestimmungsrecht der Bauarbeiter in der gemeinsten Art und Weise mit Füßen getreten. Wir können das **Ergebnis der Lohnverhandlungen bei der großen Teuerung nicht anerkennen** und fordern sofortige Lohnverhandlungen.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230608-13/fragment/page=0003
DFG

Weißenfels. Zweieinhalb Millionen Lohngelder wurden in Weißenfels in der Pfeffergasse von zwei jungen Leuten einem Boten der Firma Kibele & Co. geraubt. Die beiden Täter, der Sohn eines mittleren Beamten und ein ehemaliger Schupobeamter, sind verhaftet.

Zöberitz. Arbeiter-Radfahrer-Fest. Auf ein dreijähriges Bestehen kann am Sonntag, dem 10. Juni, die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität" zurückblicken. Der Verein hat sich seit seinem Bestehen zu den besten Reigenfahrern des Kreises Bitterfeld emporgearbeitet. Da sich unter den gemeldeten Vereinen gute Mannschaften im Kunstfahren befinden, ist es auch Pflicht der gesamten Arbeiterschaft der Umgegend, diese Veranstaltung durch ihr Erscheinen zu unterstützen.

Zörbig. Parteinachrichten. Am Sonnabend, dem 9. Juni, abends pünktlich 8½ Uhr, findet im „Dorotheenhof" die fällige Monatsversammlung der KPD. der hiesigen Ortsgruppe statt. Da zu der kommenden Stadtverordnetenwahl (Aufstellung der Kandidaten) Stellung genommen werden soll, vor allen, aber die letzten Versammlungen einen m[illegible] Besuch aufzuweisen hatten, ist es Pflicht aller Parteigenossinnen und -genossen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Bitterfeld. Sollte Unmögliches möglich sein? In Bitterfeld geht wieder ein Gerücht um, und zwar soll man beabsichtigen, in der Lindenstraße gute Wohnräume zu Geschäftszwecken umzuwandeln. Ausgerechnet zu einem Bankhause soll man diese Wohnungen gebrauchen. Es gibt ja in Bitterfeld noch nicht genügend Bankhäuser! Wir halten das bei der Wohnungsnot einfach für unmöglich und wollen annehmen, daß das Wohnungsamt in dieser Beziehung mit uns einer Meinung ist. Wir werden die Sache im Auge behalten und weiter davon berichten.

Bitterfeld. Oeffentliche Bergarbeiterversammlung. In der am 7. Juni im „Preußischen Hof" stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiterversammlung war „Hesse" als Referent angekündigt. Wie so oft, war er nicht erschienen. Für ihn sprach der Zahlstellenleiter Keitel über „Die Lohnverhältnisse im Bergbau". Von einigen Kumpels wurde ihm plausibel gemacht, daß nun endlich Schluß mit der bisherigen Lohnpolitik gemacht werden muß. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die am 7. Juni in Bitterfeld tagende öffentliche Bergarbeiterversammlung nimmt zu den aus der wirtschaftlichen Not heraus entstandenen Kämpfen Stellung und bekundet, daß der Kampf der Ruhrarbeiter ihr Kampf ist. Die Versammelten fordern, die Löhne der Goldwährung anzupassen und die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 200 000 Mark."

— Fraktionssitzung aller kommunistischen Betriebsräte des Bergbaues. Sonnabend, den 9. Juni, abends 5 Uhr, in Bitterfeld, „Fürst Bismarck". Restlos erscheinen.

— Betriebsräte-Vollversammlung der Gruppe Bergbau. Sonntag, den 10. Juni, vormittags 9 Uhr, in Bitterfeld, „Bürgergarten".

Zschortau. An der Ueberlandleitung verbrannt. Der elfjährige Berndt kletterte auf einen Leitungsmast, um ein Nest auszunehmen. Er berührte die Leitung und verbrannte. Tot stürzte er ab.

Köthen. **Behördlicher Obstwucher.** Die Kreisverwaltung legt als neuen Obstverpachtungsmodus zugrunde 10 000 Mark für den Zentner Süßkirschen, 17500 Mark für Sauerkirschen, 7500 Mark für Pflaumen, 20 000 Mark für Aepfel, 15 000 Mark für Birnen. So werden in Peus' Paradies, in Anhalt, dem Land der Sozialdemokraten, die Obstpreise in die Höhe getrieben.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Kola-Dultz zur Nervenanregung.

Stimmung, Denken, Tätigkeit, sowie jede Bewegung des Körpers sind abhängig vom Gehirn: Mattigkeit, Niedergeschlagenheit, Erschöpfung und allgemeine Körperschwäche sind Zeichen mangelder Lebenskraft. Wollen Sie sich munter fühlen, mit klarem Kopf und kräftigem Gedächtnis, wollen Sie die Arbeit als Vergnügen empfinden, so nehmen Sie Kola-Dultz, es

bringt Lebenslust und Tatkraft.

Nehmen Sie Kola-Dultz eine Zeitlang täglich, es wird Ihren Organismus erfrischen. Unlust wird verschwinden, und unter seinem Einfluß werden Sie von Unternehmungslust erfüllt sein. — Kola-Dultz wird empfohlen von ärztlichen Autoritäten, als Anregungsmittel angewendet in Krankenhäusern und Sanatorien.

Verlangen Sie Kola-Dultz umsonst!

Jetzt bietet sich Ihnen eine Gelegenheit, Ihre Nerven zu beleben. Ich möchte Ihnen gern ein genügendes Quantum Kola-Dultz zu einem ausreichenden Versuch ganz umsonst überlenden. Darum senden Sie gleich den Gratisbezugsschein ein. Schicken Sie ihn an mich als Drucksache in offenem Kuvert. Auf der Rückseite des Kuverts schreiben Sie recht deutlich und genau Ihre Adresse, dazu genügen 20 Mk. als Porto. Eine Postkarte dagegen kostet 40 Mk.

Gratisbezugsschein: An **E. Schwarz, priv. Apotheke, Berlin A. 392, Friedrichstr. 19.** Senden Sie mir gratis und franko ein genügendes Quantum Kola-Dultz zum Versuch nebst dem aufklärenden Büchlein.

Kola-Dultz ist in allen Apotheken zu haben, insbesondere in Halle in der Niederlage Engel-Apotheke; Halle-Giebichenstein in der Kronen-Apotheke. *309

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1478. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Die Sitzung des Betriebsrates und der Betriebsfraktion d. Allg. Konsum-Vereins findet nicht Freitag, sondern Sonnabend, den 9. Juni, im gleichen Lokale statt.

Verkehrsbund. Die Sitzung findet nicht am Freitag, sondern am Sonntag, den 10. Juni, vormittags 10 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" statt.

Bekleidungsarbeiter. Montag, den 11. Juni, abends 7½ Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": **Mitgliederversammlung.** Unbedingtes Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Ortsverwaltung. Dienstag, d. 12. Juni, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.**

Graphisches Gewerbe. Dienstag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung aller Fraktionsleitungen.**

Halle-Saalkreis.

Nietleben. Freitag, den 8. Juni, abds. 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne": **Mitgliederversammlung.**

Passendorf. Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr in den „Drei Lilien": **Mitgliederversammlung.**

Merkewitz. Sonnabend, 9. Juni, abds. 8 Uhr, im „Roten Haus": **Mitgl.-Versammlung.**

Schlettau-Beuchlitz-Holleben. Sonnabend, 9. Juni, abends 8 Uhr, bei Schubert in Beuchlitz: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Weißenfels.

Langendorf. Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Lorbeer: **Mitgliederversammlung.**

Teuchern. Sonntag, 19. Juni, im „Grünen Baum": **öffentl. Versammlung.** Ref. Gen. Dr. Bittel, Weißenfels.

Kreis Zeitz.

Zeitz. Sonntag, 10. Juni, vorm. 9 Uhr, im Restaurant Bobe, Gartenstraße: **Kreis-Funktionärsitzung.** Ref. Gen. Sachse, Halle.

Aue-Aylsdorf. Sonntag, 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, im „Deutschen Haus": **Mitgliederversammlung.**

Grana. Sonntag, 10. Juni, nachm. 4 Uhr, im Gasthof: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Schröter, Zeitz.

Rehmsdorf-Rumsdorf. Sonnabend, 9. Juni, abends 8 Uhr, in Rumsdorf: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen. Schröter, Zeitz.

Kreis Bitterfeld.

Zörbig. Sonnabend, den 9. Juni, abds. 8 Uhr, i. „Dorotheenhof": **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung. Vollzähl. Erscheinen ist Pflicht.

Roitzsch. Sonnabend, 9. Juni, abends 8½ Uhr, im Gasthof „Zur grünen Tanne": **Mitglieder-Versammlung.**

Brehna. Sonnabend, 9. Juni, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch.

Döbernitz. Sonnabend, 9. Juni, abds. 8 Uhr, im Gasthof: **Sitzung d. Kreisleitung.** Ref. Gen. Bormann, Halle.

Eilenburg. Montag, 11. Juni, abds. 8 Uhr: **Oeff. Frauenversammlung.** Ref.: Gen. Wiedemann, Halle.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen u. schöngeistigen Schriften unterhält.

Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Verband der Bäcker u. Konditoren

Sonnabend, den 9. Juni, abends ½8 Uhr, im großen Saale des „Volksparks":

Gr. Unterhaltungsabend

mit anschließendem Tanz

unter Mitwirkung von

Fred Landerer

und seiner Künstlerschar, mit neuem Programm. — Während des Tanzes Ueberraschungen:

„Das Publikum filmt", sowie **Damenringkampf.**

Kassenöffnung 6 Uhr.

Freunde und Gönner sind herzlich willkommen. 3008

Vereine benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14.** Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U., i. „Volkspark": **Singestunde.** Heute abend 8 Uhr: **Silberhochzeitsständchen.** Treffp. am „Volkspark", Eing. Burgstraße.

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerstg., ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20. Zahlabend: Freitag, v. ½8—10 Uhr. Jed. Dienstag, ab. 7½ Uhr, i. Gruppe Nord: Wittekindschule (Friedenstr.), Mitte: Heim, Laurentius- und Ecke Breitestraße, Süd: Torschule, Zim. 52. Freitag: Musikgruppe: Abends ½8 Uhr im Heim, Laurentiusstraße (Ecke Breitestraße). Alle Notenspieler erscheinen. Kanugilde: Sonnabend abds. 7 Uhr zur Probefahrt a. Bootsplatz. Sonntag, früh 7 U. zur RAST. Treff am Bootsplatz. Sonntag. Tageswanderung nach Müllerdorf-Schochwitz (Süd). Treff früh 6 Uhr Hettstedter Bahnhof. — Halbtagswanderg. ins Blane. Treff. 1 Uhr Hallmarkt. — Treffwanderung der Gruppe Mitte nach dem Südharz (Rammelsburg). Ab Sonnabend abds. 6,31, Sonntagfrüh 6,20 u. 7,55. Anmeldg. b. Freitagabd. Weidenplan. Montag: Sitzung v. Arbeitsausschuß, Vorstand u. Gruppenführer abds. 7 U. im Weidenplan. (Sonnenwende-Hauptversammlg. Leipzig). Alle Ausstellungsstücke bis Montag abliefern.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet. Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Heute ½8—8 Uhr Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Proletar. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder. Berg". Sonntag, 10. Juni: Tages-Wanderung nach Beuchlitz, einschließlich Kindergruppe. Treffpunkt früh 6 Uhr an der Friedensschule in d. Friedenstraße. Dienstag, 5-7 Uhr, in „Lüderitz Berg": Kindergt. ½8 Uhr Diskussionsabend.

Arb.-Samar.-Kol. Halle. Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jeden Dienstag Uebungsstunde a. d. Sandanger, bei schlechtem Wetter Charlottenschule.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Uebungsstunden im Florabad: Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr für sämtl. Abteilungen.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr. Dienstag, 12. Juni, abends ½6 Uhr: Gauvorstandssitzg. Mittwoch, abends 7 Uhr: Arbeitsgemeinschaft.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde. Sonnabend, 9. Juni, abends 7½ Uhr, in „Stadt Dresden": Monatsversammlung. Sonntag, 10. Juni: Familienausflug n. d. Dölauer Heide. Abmarsch 8 U. vom Hettstedt Bahnhof.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. Sonntag, 17. Juni: Tour nach Allstedt. Abfahrt früh 5 Uhr v. Hettst. Bahnhof.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Freitag 4 Uhr im Jugendheim: Arbeitsgemeinschaft aller älteren (über 10 Jahre) Jugendgenossen. Abends 6 Uhr in der „Prod.-Gen.": Vorstandssitzung. Achtet a. Internation. Arbeit.-Kinderwoche, v. 24. Juni bis 1. Juli.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von ½8—½10 Uhr. Freitag, ½8 Uhr, im „Volkspark": Diskussionsabend. Thema: Jungsturm od. Kommunistische Jugend. Freunde sowie Gäste willkommen. Sonntag: Fahrt nach der Rudelsburg. Anmeldung heute abend von 6-8 Uhr beim Genoss. Pisch im Jugendheim. Nachm. 2 Uhr vom Hallmarkt: Halbtagestour nach Rattmannsdorf. Montag, 7 Uhr, im Heim: Zentral-Vorstandssitzung. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Heim: Wichtige Besprech. aller Funktionäre.

Kröllwitz. **Arb.-Bildungsverein, Cröllwitz.** Vereinslot. Lindenhof. Gesangs-Abteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt.: Jeden Donnerstag von 6—8 Uhr.

Trotha. **Arb.-Bildungs-Verein, Trotha.** Lokal: Troth. Ballsäle. Freitag, 8 Uhr: Mandolin.-Abtlg. Sonnabend, 6 Uhr: Kind.-Mandolin.-Abteilung. 8 Uhr: Vorstandssitzung.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Gold, Silber-, Platin-Bruch, Brennstifte, Dublee, alte Zahngebisse 3013 kauft luxussteuerfrei! **Holland** nur Schülershof 10, am Markt.

Balda die Schokolade der Feinschmecker. Generalvertr. Willy Voigt verm. Bachran & Co., Markt 6 gegenüber der „Börse". 169

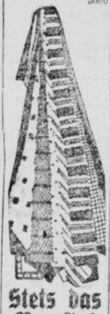
An- und Verkaufsgeschäft Richard Ronne. Meine Geschäftsräume befinden sich jetzt nur 3014 **Fleischerstr. 40, Laden.**

Felle! Zahle bed. höhere Preise für sämtliche Felle w. Konkurrent schreibt. Ueberzeug. Sie sich. Katzen, auch lebend, sowie gegerbte Felle. 3012 **Meier, Brüderstr. 7,** Eingang Kl. Steinstraße.

Größte Auswahl, billigste Preise **Kinder- und Klapp-Sportwagen.** Weitgehendste Zahlungserleichterungen **Bruno Paris, Halle,** 3007 **jetzt Leipziger Str. 12.**

Stadt-Theater Sonnabend, abends 7 Uhr: **Lohengrin.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Straßenmädel.** Abends 7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.** 3010

Koch's Künstlerspiele Bunte Bühne. Jeden Abend 8¼ Uhr. 3015 Das unübertreffliche **Juni-Programm** mit nur Attraktionen erster Bühnen. 3006



Stets das Neueste! Besond. preiswert. Dauerwäschevertrieb **Kl. Berlin 2.**

Butter-Maschine Mk. 2950 Sobel 2095 **Halle Ammendorf Köthen Könnern.**

Barchenthemden, Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Makohemden, Makohosen, Unterjacken,

Herrensocken, Damenstrümpfe, Westengürtel, Hosenträger, Sockenhalter, Krawatten, Taschentücher. 3002 **Dauerwäsche-Betrieb, Kleiner Berlin 2.**

Ripskragen 1350 Mk. Kl. Berlin 2.

Schlafzimmer Küchen *166 **Speisezimmer** empfiehlt zu soliden Preisen **Möbelfabrik H. Bergmann,** Fleischerstr. 30/31.

Perpler bestes Lederputzmittel ½ Pfd.-Dose M. 1100 **Rob. Schmeißer,** Gr. Märkerstr. 5.

Reparaturen an Uhren u. Schmuckwaren werd. sauber u. gewissenh. ausgef. v. A. Schade, Uhrmach., Diemitz, Breitestr. 29, I.

Brieftaschen 191 ia. Leder, billigst nur **Schmeerstr. 19,** Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Unser Lied. **Liederbuch** mit Noten, Notenlehre, einig. Worten zum Mandolinen- und Gitarrespiel. **Ueber 250 Kampf- und Wanderlieder.** **Preis nur 3200 Mk.** Zu beziehen durch die **Bezirks-Zentralbuchhandlg., Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14** und deren Filialen.

Raucht Zetko-Gold

in Qualität unerreichbar!

Mitteldeutsche Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft. 170

Von heute mittag an steht ein Transport **prima hannoverscher Futterschweine** in allen Größen

preiswert zum Verkauf. **O. Bruchhardt,** 3011 **Trothaer Straße 4.** Tel. 3569.

Kirschenverpachtung. Der diesjährige Kirschenanhang der Gemeinde Sennewitz (Prov.-Landstraße und früher Rößlersche Reihe) soll am **Sonnabend, dem 9. Juni,** nachmittags 5 Uhr, im Wenigschen Gasthof, öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin. Sennewitz, den 7. Juni 1923. 3005 **Der Gemeindevorsteher.**

Unterstützt den „Klassenkampf"

Der Wiederaufnahmeantrag des Genossen **Max Hölz** ist verworfen worden. Die Broschüre: Max Hölz **der „gemeine Verbrecher"** unterbreitet uns das Material zu dem verübten **Justizmord.** Verbreitet die Broschüre als **Protest** in Massen unter alle Arbeiter. **Der Protest der Massen wird Max Hölz aus dem Zuchthaus befreien.**

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H. **Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.**

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!!

Rohe Felle

wie **Kanin, Hamster, Maulwurf, Ziegen, Zickel, Hasen,** sowie **Schafwolle, Roßhaare** *310 verkaufen Sie am vorteilhaftesten bei **S. Ruschewitzky, Eilenburg, Martinstraße 15.**

Allg. Konsumverein Halle u. Umg., e. G. m. b. H. Wir suchen für unsere Filiale Canena zum sofortigen Antritt einen 3009 **tüchtigen Lagerhalter.** Geeignete Bewerber wollen ihre schriftlichen Offerten bis spätestens Mittwoch, den 13. Juni, im Kontor Landsberger Straße 13, einreichen. Berücksichtigt werden nur Mitglieder. **Der Vorstand.** R. Schulze. E. Beige.

Engelhardt-Biere sind wohlschmeckend und bekömmlich.

*309

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230608-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 8. Juni 1923.

Der Kampf gegen den Hunger

Die hallischen Betriebsräte zur wirtschaftlichen Lage

Eine sehr gut besuchte Betriebsrätevollversammlung nahm am **Donnerstagabend** im „Volkspark“ zur wirtschaftlichen Notlage der **Arbeiterschaft** Stellung. Kollege Lanius vom Reichsausschuß **deutscher** Betriebsräte gab in seinem Referat die Erfahrungen und **Erfolge** der Selbsthilfeaktion der sächsischen Arbeiterschaft zum besten. **An Hand praktischer** Beispiele bewies er die Notwendigkeit **der Kontrollausschüsse**. Die Bewegung in Sachsen sei ein Musterbeispiel **für den wirtschaftlichen** Kampf der Arbeiterschaft, der nur deshalb **Erfolge** erzielen konnte, **weil die Arbeiterschaft geschlossen und einig auf den Plan trat.** Die Gefahr, die aber augenblicklich der sächsischen **Arbeiterschaft** droht, sei sehr groß, weil Stinnes Interesse daran **habe**, den sächsischen Arbeitern die Erfolge wieder aus der Hand zu **schlagen**. In einem stinnesierten Deutschland dürfe es darum auch **keine** sozialistische Regierung geben, die die Interessen der Arbeiter **wahrnimmt** und nicht die der Stinnese.

In der anschließenden Diskussion brachte Genosse Bürger nachstehende Resolution ein:

„**Die am 7. Juni 1923 im „Volkspark“ zu Halle tagende Betriebsräte-Vollversammlung** nimmt Stellung zu den im ganzen **Reiche aufflammenden** wirtschaftlichen Kämpfen.

Die fortschreitende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, bedingt durch die gesteigerte kapitalistische Offensive, kann nur eingedämmt werden, durch den aktiven, wirtschaftlichen Kampf der gesamten Arbeiterklasse. Die bisherige Politik der Arbeitsgemeinschaft unserer Gewerkschaften hat die Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Kapital gefesselt, will deshalb die Arbeiterschaft aus dieser Verelendung herauskommen, so ist erst erforderlich, Umstellung des gewerkschaftlichen Kampfes, Zerschlagung der Arbeitsgemeinschaft und Kampf der Arbeiter um mehr Lohn und Brot auf einer breiteren Basis als der der bisherigen Berufsverbände.

Der Kapitalismus wird auf die kommenden notwendigen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft nicht allein antworten können mit entsprechenden wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen, sondern seine Antwort wird zu gleicher Zeit, wie es der Kampf der Ruhrarbeiter gezeigt hat, politischer Natur sein. Deshalb ist es Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiter, von vornherein diese Tatsache zu erkennen und ihr entgegenzutreten. Aus diesem Grunde fordert die Betriebsräte-Vollversammlung:

1. **Sofortige Aufnahme des Kampfes für ausreichende Löhne.**
2. **Sofortige Auszahlung von Wirtschaftsbeihilfen für die Arbeiterschaft, um zunächst dem größten Elend zu steuern.**
3. **Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß oder Auszahlung einer Erwerbslosenunterstützung, unter Zugrundelegung des Durchschnittslohnes.**
4. **Sofortigen Aufbau des gewerkschaftlichen Selbstschutzes zur Sicherung der Kampffront der Arbeiterschaft gegen die Faszisten.**
5. **Sofortige Aufnahme des Kampfes um die Anerkennung der Kontrollausschüsse und Sicherung der Arbeit derselben in ihrem Kampfe gegen Wucher und Ausbeutung.**
6. **Sofortige Aufnahme des Kampfes durch die Gewerkschaften und durch die Betriebe, für die Beseitigung der Stinnes-Regierung und zur Bildung einer Reichs-Arbeiter-Regierung.“**

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wurden noch die Vorgänge in der Allgemeinen Ortskrankenkasse besprochen. Mit großer Entrüstung nahmen die Betriebsräte davon Kenntnis, daß selbst „Sozialdemokraten“ zu denen gehörten, die in der schmutzigsten Art Lügen gegen den Betriebsrat der AOK. zusammengetragen haben.

*

Eine Belegschaftsversammlung der Produktiv-Genossenschaft befaßte sich mit der großen Notlage der Arbeiterschaft und beauftragte den Betriebsrat, die folgende einstimmig angenommene Resolution an den Ortsverein der Buchdrucker weiterzugeben:

„Die Kollegen der Produktiv-Genossenschaft stellen durch ihren Betriebsrat den Antrag, sofort eine Mitgliederversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe. Dieser Antrag soll dem Verband der Deutschen Buchdrucker zur schleunigsten Durchführung übermittelt werden.“

*

Die Vertrauensleute und Betriebsräte der Buchbinder haben in einer gutbesuchten Funktionärsitzung zu der Notlage der Arbeiterschaft im Berufe Stellung genommen und fordern von ihren Arbeitgebern eine Wirtschaftsbeihilfe für Arbeiter von 100 000 Mark, für Arbeiterinnen von 75 000 Mark.

Die amtliche Teuerungszahl für Mai

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes beträgt die vom Preußischen Statistischen Landesamt für die Stadt Halle berechnete Teuerungszahl (d. h. der Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für eine fünfköpfige Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren, auf die Dauer von vier Wochen) im Monat Mai 1923 = 299 182 Mark. Im Vergleich hierzu lautet die Teuerungszahl für April 1923 = 232 444 Mark, für Mai 1922 = 2992 Mark.

*

Trotzdem die unzulängliche amtliche Teuerungszahl für den Monat Mai eine wesentliche Erhöhung der Preise gegenüber dem Monat April feststellt, sind bisher die Lohnforderungen der Arbeiter im allgemeinen abgelehnt worden. In einigen Berufen sind zwar für die letzten Tage des Mai geringe Aufbesserungen bewilligt worden; sie bieten aber bei weitem keinen Ausgleich für die Teuerung während des ganzen Monats Mai.

Kontrollausschuß Halle

Vor einigen Tagen fand zwischen Vertretern des Kontrollausschusses und dem Stadtrat Dr. May eine Sitzung statt, in der die Vertreter des Kontrollausschusses folgende Fragen zur Beantwortung vorlegten:

1. Ist dem Dezernenten des Wohnungsamtes bekannt, daß in Halle viele Wohnungen leerstehen oder zu Lagerräumen verwendet werden, während auf der anderen Seite viele tausende Familien wohnungslos sind. Was gedenkt der Herr Stadtrat zu tun, um diesem Elend abzuhelfen?

2. Es bestehen Gerüchte, daß Wohnungen je nach dem Vermögensverhältnis vergeben werden.

Zu Frage 1 erklärte Herr Dr. May: „Es ist mir bekannt, daß Material über leerstehende Wohnungen vorhanden ist. Gegen das furchtbare Wohnungselend ist schwer anzukämpfen, weil das Gesetz die Hausbesitzer schützt und die Rechtsanwälte es ausgezeichnet verstehen, das Gesetz nach dem Wunsche ihres Auftraggebers zu umgehen.“

Zu 2: Wohnungskäufe finden statt. Leider kann das Wohnungsamt nicht einschreiten, weil sie nach dem Gesetz zulässig sind. Mit aller Entschiedenheit jedoch wandte er sich dagegen, daß Beamte sich bestechen lassen würden.

Von den Vertretern des Kontrollausschusses wurde weiter darauf hingewiesen, daß vom Wohnungsamt Wohnungen angewiesen würden, die längst bezogen seien. Stadtrat May antwortete, daß viele Wohnungen ohne Genehmigung des Wohnungsamtes jetzt bezogen werden. Die Inhaber solcher Wohnungen aber müßten die Wohnungen wieder räumen, wenn das Mieteinigungsamt auf Räumung entscheidet.

Zum Schluß wollte uns Herr Dr. May noch die neue Wohnungsbauabgabe schmackhaft machen. Er betonte, daß sich die hallische Bevölkerung so entschieden gegen die Wohnungsbauabgabe sträube, trotzdem in Halle weniger gebaut werde als in anderen Städten. An diesem Zustand seien auch die Industriellen schuld, die wohl Geld hätten für Anschaffung neuer Maschinen und für die Vergrößerung ihres Betriebes, nicht aber für den Wohnungsbau. Andere Städte leisteten mehr auf diesem Gebiete. Hier sollten auch die Betriebsräte eingreifen und vom Unternehmer fordern, daß auch er zum Wohnungsbau seinen Teil beiträgt. Die Vertreter des Kontrollausschusses erklärten, daß der Lohn des Arbeiters, der Angestellten und unteren Beamten gerade noch ein Viertel des Existenzminimums betrage. Von diesem Viertel müsse er noch Steuern und andere Abgaben entrichten, so daß zum Lebensunterhalt nicht mehr viel übrig bleibe. Aus diesem Grunde sei auch das Sträuben der arbeitenden Bevölkerung gegen die Wohnungsbauabgabe begreiflich. In erster Linie müßten die Kreise der Industrie und die Banken herangezogen werden. Hier wäre noch was zu holen.

Die Arbeiterschaft muß heute erkennen, daß keine Behörde das Elend lindern kann, solange das fluchwürdige kapitalistische Profitsystem besteht. Die Arbeiter müssen sich jetzt in einer einheitlichen Kampffront zusammenschließen und die Kontrollausschüsse in ihrer Tätigkeit unterstützen. Die Kontrollausschüsse können nur dann Machtfaktoren der Arbeiterschaft werden, wenn sie von den breiten Massen unterstützt werden.

An alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend

Trotz mehrmaliger Aufforderung haben folgende Ortsgruppen noch nicht abgerechnet:

Rietleben, Dieskau, Böllberg, Lettin, Könnern, Zschortau, Güntheritz, Greppin, Düben, Spickendorf, Paupitzsch, Landsberg, Friedersdorf.

Wir fordern die Mitglieder dieser Ortsgruppen auf, die bummeligen Funktionäre an ihre Pflicht zu mahnen.

Die Bezirksleitung.

Aus der Jugendbewegung

Die bereits angekündigte Unterbezirkskonferenz mit anschließender Referentenbesprechung findet am Sonntag, dem 10. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark“ in Halle statt. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Eine unwahre Behauptung

Genosse Georg Schumann schreibt uns aus Berlin:

Im Bericht über die Funktionärversammlung des DMV. im „Klassenkampf“ Nr. 127 vom 4. Juni lese ich, daß der Bezirksleiter Rößler behauptet, auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig hätten einige kommunistische Holzarbeiter gegen die Industrieverbände gestimmt. Als Vertreter der hallischen Metallarbeiter auf dem Gewerkschaftskongreß stelle ich richtig, daß unter den Delegierten des Holzarbeiterverbandes wegen der vom Hauptvorstand angewandten Wahlmethoden nicht ein einziger Kommunist gewesen ist. Trotzdem haben einige Holzarbeiter, die politisch zur USPD. zählten, für die Schaffung der Industrieverbände gestimmt. Kollege Rößler vergißt anscheinend, daß der Führer im Kampf gegen die Industrieverbände in Leipzig sein jetziger Parteigenosse Tarnow gewesen ist.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Bekleidungsarbeiter. Am Montag, dem 11. Juni, abends 7½ Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft“ die Mitgliederversammlung statt. Unbedingtes Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Die KPD.-Genossen aller Verkehrsbetriebe treffen sich am Sonntag, dem 10. Juni, vormittags 10 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“, Lerchenfeldstraße 14, zu einer wichtigen Besprechung. Die Genossen der Eisenbahn, Straßenbahn, Post, Telegraphenbau und Spedition müssen restlos erscheinen. Parteiausweis ist mitzubringen.

* **Außer den Hungerrentnern** sind es noch besonders die **Pensionäre der unteren Beamtengruppen**, die unter dem wirtschaftlichen Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft am meisten zu leiden haben. Sie haben zwar dem Staat ein Menschenalter treu gedient und sich schon damals ehrlich und redlich durchgehungert in der Hoffnung, daß sie wenigstens ihre alten Tage ohne Sorgen verleben werden. Allein auch sie wurden, wie so viele, viele andere, schwer enttäuscht. Ihre Pensionen schrumpfen durch die ungeheure Geldentwertung und durch das Abschieben in noch niedrigere Gehaltsgruppen, von Monat zu Monat immer mehr zusammen. Die geringen Nachzahlungen für die vorliegenden Monate kommen obendrein so spät zur Auszahlung, daß sie sich dafür kaum noch ein Pfund Margarine kaufen können. Besonders ist dies bei der hiesigen Eisenbahndirektion der Fall. Dort werden, wie uns ein Pensionär mitteilt, die Nachzahlungen für die Pensionäre immer erst zehn Tage später wie für die Beamten ausgezahlt. Die hallische Eisenbahndirektion sollte endlich der Notlage dieser alten Leute gerecht werden und dafür sorgen, daß die Nachzahlungen so schnell wie möglich auch ausgezahlt werden.

* **Eine Sitzung des Kontrollausschusses** findet am Sonnabend, dem 9. Juni, abends 6 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“ statt.

* **Gewerkschaftskartell.** Die nächste Kartellsitzung findet am Freitag, dem 22. Juni, statt. — Am Freitag, dem 15. Juni, Sitzung der Gewerkschaftsleitungen und Hauptkassierer. Es ergeht noch besondere Einladung.

* **Internationaler Bund der Kriegsopfer.** Am Sonnabend, dem 9. Juni, findet im „Volkspark“ unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Da wichtige Neuerungen im Versorgungswesen zur Tagesordnung stehen, muß jedes Mitglied erscheinen.

* **Eine Kinderwanderung** (Tageswanderung nach Beuchlitz) findet am Sonntag, dem 10. Juni, von der Proletarischen Kulturvereinigung Halle statt. Auch Kinder und Angehörige, die nicht der Vereinigung angehören, können an dieser Wanderung teilnehmen. Treffpunkt und Abmarsch 6 Uhr früh von der Wittekindschule (Friedenstraße).

* **Ueber den Gesundheitszustand unserer Jugend** spricht morgen, Sonnabend, Stadtarzt Professor Dr. v. Drigalski in der Aula des Reform-Gymnasiums, Friesenstraße.

* **Zusammenstoß.** Am Donnerstagabend erfolgte in der Großen Stein-, Ecke Poststraße, ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 4 und einem Personenkraftwagen. Der Personenkraftwagen, welcher mit fünf Personen besetzt war, kam aus Richtung Walhalla und fuhr direkt in den ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen hinein. An dem Straßenbahnwagen wurde die Bremsvorrichtung beschädigt, während der vordere Teil des Autos völlig zertrümmert wurde. Von den Insassen wurden zwei verletzt, während sich einer nach seiner Wohnung begeben konnte, mußte der andere mit dem Krankenwagen der Feuerwehr nach der Klinik gebracht werden. Nach Zeugenaussagen soll die Schuld den Kraftwagenführer treffen.

* **Quartiere gesucht.** Für die Teilnehmer der Kontrollausschuß-Konferenz am Sonntag werden noch einige Quartiere gesucht. **Meldungen an das Ortsbureau der KPD., Lerchenfeldstraße 14.**

* **Druckfehlerberichtigung.** In der gestrigen Notiz über die Stellungnahme der proletarischen Jugendbünde zu der Alkoholkampfwoche muß es heißen, daß sich die proletarischen Jugendbünde nicht an dieser Alkoholkampfwoche beteiligen.

Brachstedt. Aus der Gemeindevertretung. Nach Einführung des Schöffen Fischer entspann sich eine längere Debatte zwischen der bürgerlich-sozialistischen Koalition und dem bürgerlichen Gemeindevorstand über den Zerfall des Gemeindehauses und der Stallung. Es wurde schließlich beschlossen, daß der Gemeindevorsteher an die in das Gemeindehaus einziehende Familie einen Stall abzugeben hat. Der VSPD.-Mann Richter vertrat natürlich wiederum das Stinnesprogramm und forderte, daß das Gemeindehaus verschachert wird. Bei Beratung des Antrages der Arbeitslosen auf Einreihung in den Produktionsprozeß zeigten sich die Spießer wieder einmal in ihrer ganzen Erbärmlichkeit. Nachdem sich die Landwirte bereit erklärt hatten, das Material für den Wegebau unentgeltlich zu fahren, soll nunmehr mit den Notstandsmaßnahmen begonnen werden. Als der Stundenlohn festgesetzt werden sollte, glaubten die Gemeindevertreter, die Arbeitslosen mit einem geringen Aufschlag auf die Arbeitslosenunterstützung abspeisen zu können. Die Gemeindevertreter schienen auch die Auffassung zu haben, daß die Arbeitslosen nicht aus Hunger den Antrag gestellt haben, sondern um sich nicht zu langweilen. Auf der Suche nach Mitteln hierzu beantragte Herr Richter (VSPD.) eine freiwillige Umlage von den Ackerbesitzern, und zwar sollen die kleinen Leute genau so belastet werden wie die Landwirte mit einigen hundert Morgen Acker. Zuvor soll noch eine Gemeindeversammlung stattfinden. Diese Versammlung verspricht interessant zu werden. Darum fordern wir jetzt schon die Arbeiter auf, diese Versammlung zu besuchen. Die Wahl einer Kommission, die die Durchführung des Milchnotopfers beraten soll, war für die weisen Gemeindeväter Hekuba. Der Vertreter der Landwirte erklärte, daß von ihnen nur der Stallpreis genommen werde. (Wir können das Gegenteil beweisen und werden in Zukunft auch die Namen dieser nimmersatten Landwirte in der Oeffentlichkeit bekanntgeben.) Die anwesenden Arbeiter haben aus dem Verhalten dieser Gemeindevertreter gesehen, daß es höchste Zeit ist, daß sie verschwinden, um den Vertretern der Arbeiterschaft Platz zu machen.

Aus der Provinz

An alle Ortsgruppen!

Es sind immer noch einige Ortsgruppen mit der April-Abrechnung im Rückstande. Wir fordern die Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen auf, sofort zu veranlassen, daß die restlichen Abrechnungen erledigt werden.

Bis zum 15. Juni muß die Mai-Abrechnung in unseren Händen sein. Jede Monatsabrechnung muß schriftlich auf vorgeschriebenem Kassenauszug erfolgen. Bei jeder Geldsendung muß angegeben werden, für was das Geld bestimmt ist.

Ferner ersuchen wir die Filmabrechnung sofort nach der Vorstellung mit uns vorzunehmen. Alle Gelder sind nur auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 107 001, Artur Sämisch, einzuzahlen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Geldentwertung immer weiter vorwärtsschreitet, muß jede Ortsgruppe Wert darauf legen, daß die Abrechnungen auf dem schnellsten Wege erledigt werden, damit wir rechtzeitig in den Besitz der Gelder gelangen.

Bezirksleitung der KPD.

Achtung, Erwerbslosen-Ausschüsse!

Wir erwarten von Euch, daß Ihr uns sofort Mitteilungen macht über folgendes: „Ob Ihr erweiterte Ausschüsse zustande gebracht habt, wieviel männliche und weibliche Erwerbslose von jedem Ausschuß vertreten werden und wieviel davon Erwerbslosenunterstützung erhalten.“ — Arbeitslosenausschüssen der verschiedenen Kreise machen wir zur Pflicht, in ihrem Kreise weitere Ausschüsse zu gründen. Eingegangene Markengelder sind uns sofort zu überweisen. **Ausschüsse, die noch keine Marken haben, wollen diese** bei uns anfordern.

Zuschriften sowie Geldsendungen sind zu richten an Erwerbslosenausschuß Merseburg, Markt 7, per Adresse Volksbuchhandlung. Daselbst ist täglich von 9 bis 12 Uhr und 2½ bis 5 Uhr ein Vertreter des Ausschusses anzutreffen. Wir erwarten, daß Obiges genau befolgt wird, damit wir einheitlich vorgehen können.

Die gesamte Arbeiterpresse **wird um Abdruck gebeten.**

Bezirks-Erwerbslosenausschuß für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die rote Fahne im Bodetal

Erfreut kann die bürgerliche Presse aus Thale melden:

„Seit Pfingsten flatterte über der Königsruh im Bodetal eine große rote Fahne. Sie war an einem äußerst schwer zugänglichen Felsvorsprung angebracht. Den Fahnenschaft hatte man in einer Felsspalte mit Zement (!) befestigt. Jetzt ist es drei Halberstädter Touristen gelungen, nach dreistündiger Kletterei die Aergernis erregende Fahne herunterzuholen.“

Bravo! Die Nation ist gerettet! Diesen Helden muß wegen Tapferkeit vor dem Feinde und heldenmütiger Eroberung einer Fahne eine Blechklapper an den Busen gehängt werden. Endlich kann der Spießer wieder ruhig schlafen.

Sofortige Auszahlung der Reichslöhne und -gehälter

Nach Mitteilung der „V. Z.“ ist die Reichsfinanzbehörde von dem Reichsratsausschuß ermächtigt worden, die für Juni vereinbarten Löhnungen der Reichsarbeiter und die Gehälter der Beamten sofort auszuzahlen.

Arbeiter-Sport

NJC. Askania, Rietleben. Am Sonntag, dem 10. Juni, begeht der NJC. Askania sein 13 jähriges Stiftungsfest. Der Vereinsleitung ist es gelungen, den Naumburger Ballspielklub „Sportfreunde“ mit zwei Mannschaften als Gast zu verpflichten. Die 1. Elf Askania tritt gegen die Sondermannschaft der Sportfreunde Naumburg nachmittags 3 Uhr an. Beide Mannschaften befinden sich in guter Form, so daß ein gutes Spiel erwartet werden kann. Vorher spielen: ½2 Uhr Askania 2. — Sportfreunde Naumburg 1.; 12 Uhr, Askania 3. — Reinsdorf 1.; vormittags 10 Uhr, Askania Schüler — VfB. Lettin Schüler. Sonnabend, den 9. Juni, Monatsversammlung. Anfang 8 Uhr im Vereinslokal. Erscheinen eines jeden Sportgenossen ist Pflicht.

HJC. Sportlust 07. 1. Herren- und 1. Jugend-Mannschaft weilen kommenden Sonntag in Oetzsch-Leipzig zum Stiftungsfeste. Abfahrt 7.45 Uhr vormittags vom Hauptbahnhof. Die erste Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: Parfigla, Gräbe, Becker, Sonneberg, Autem, Dietrich, Bereck, Blume, Reuschel, Böhme, Winkler. Die 1. Jugend: Weber, Beige, Rosenbaum 2, Thiele, Wolf, Naumann 1 u. 2, Jordan 2, Klinz, Höpfner, Beitz. Die 2. Mannschaft spielt gegen Kröllwitz 2. um 3 Uhr auf dem Sportlustplatz: Ballschuh, Blocksdorf, Rosenbaum, Straube, Denkewitz, Weiße, Henze, Bereck 2, Westphal, Heinicke. Ersatz: Jordan 1, Wolf.

Sportverein Rüstig-Vorwärts, Bruckdorf. Anläßlich der Reichs-Arbeiter-Sportwoche hatte RVB. am Mittwoch die 1. Mannschaft des Turnverein „Fichte“ Ammendorf zum Rückspiel verpflichtet. Nachdem das vorige Spiel vom RVB glatt mit 4:0 gewonnen wurde, gelang es auch diesmal mit ersatzgeschwächter Mannschaft ein 1:1 herauszuholen. Der Regen beeinflußte das Spiel sehr. Bruckdorf trat mit nur 7 Mann an, vervollständigte sich aber im Laufe des Spieles und spielte mit 4 Mann Ersatz. Schiedsrichter Busch (Giebichenstein) war sehr gut.

Achilles von 1890 fährt am Sonntag, dem 10. Juni, nach Mücheln zum Ringerwettstreit. Die Konkurrenten, die am Wettstreit teilnehmen, treffen sich am Sonntag, vormittags 7.20 Uhr am Hauptbahnhof; Abfahrt 7.45 Uhr. Von Merseburg aus geht die Fahrt mit der Elektrischen weiter. Das Jongleur-Quartett fährt am Sonnabend 4.26 Uhr.

VfB. Trotha Süd. Spiele für Sonntag, den 10. Juni: VfB. Süd 2. — Wörmlitz 2. um ½3 Uhr; VfB. Süd 1. — Wörmlitz 1. um 4 Uhr. Beide Spiele finden in Wörmlitz statt. Treffpunkt für jede Mannschaft eine Stunde früher an der Endstation der Straßenbahnlinie 6. Die 2. Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: Banse, Hübler, Lampe, Fischer, Franke, Schütze, May, Kretschmann, Neumann, Brode, Portius. Die 1. Mannschaft: Lampe 1, Wolf, Döring, Harre, Franke 1, Sieb, Knöchel, Herold 2, Herold 1, Grauert, Schaf. Die Spielausschußsitzungen finden jetzt jeden Dienstag um 9 Uhr statt. **Am Dienstag, den 12. Juni, abends 9 Uhr, findet eine Sitzung der 2. und 3. Mannschaft im Vereinslokal statt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230608-13/fragment/page=0005
DFG

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

81] Von Charles de Coster

„Wie macht Ihr's", fragte Lamm, während er dicke, schwarze Blutwürste kaute, „wie macht Ihr's, Herr Wirt, um ein Gericht so duftend, saftig von zartem Fett zu bekommen?"

„Das kommt", sprach der Wirt, „weil wir Zimmet und Katzenkraut darantun."

Dann fragte er Ulenspiegel:

„Ist Edzard, Graf von Friesland, allzeit des Prinzen Freund?"

„Er hält seine Gesinnung geheim, nimmt aber seine Schiffe in Emden auf. Und er fügte hinzu:

„Wir müssen nach Maestricht."

„Das wirst Du nicht können", sagte der Wirt; „des Herzogs Heer ist vor der Stadt und rings umher."

Dann führte er ihn auf den Boden und zeigte ihm in der Ferne die Fahnen und Standarten der Reiter und Fußsoldaten, die im Felde ritten und marschierten.

Ulenspiegel sprach:

„Ich komme durch, wenn Ihr, der Ihr hier viel vermöget, mir die Erlaubnis verschafft, mich zu verheiraten. Was die Frau angeht, so muß sie anmutig, sanft und schön sein und mich freien wollen, wenn nicht für immer, zum wenigsten für eine Woche."

Lamm seufzte und sprach:

„Tu's nicht, mein Sohn, sie würde Dich verlassen und Liebesglut würde Dich verzehren. Dein Bett, in dem Du so ruhig schläfst, würde Dir zum Pfühl von Stechpalmen werden und Dir den süßen Schlummer rauben."

„Ich werde heiraten", antwortete Ulenspiegel.

Und da Lamm nichts mehr auf dem Tisch fand, ward er schier betrübt. Da er jedoch Backwerk in einem Napf entdeckte, knabberte er es schwermütig.

Ulenspiegel sagte zu Thomas Utenhove:

„Wohlan, darauf trink ich, schafft mir eine Frau, reich oder arm. Ich gehe mit ihr zur Kirche und lasse die Ehe durch den Pfarrer einsegnen. Dieser gibt uns einen Trauschein, der nichts gilt, da er von einem papistischen Inquisitor kommt. Wir lassen uns darin bescheinigen, daß wir beide gute Christen sind, gebeichtet und kommuniziert haben, nach den Vorschriften unserer heiligen römischen Mutter Kirche, so ihre Kinder verbrennt, apostolisch leben, und also den Segen unseres heiligen Vaters, des Papstes, der himmlischen und irdischen Heerscharen, der heiligen Männer und Frauen, der Dechanten, Pfaffen, Mönche, Söldlinge, Häscher und andren Lumpen verdienen. Mit besagtem Zeugnis versehen, treffen wir die Vorbereitungen zur Reise, wie es bei der Hochzeit Brauch ist."

„Aber die Frau?" fragte Thomas Utenhove.

„Die mußt Du für mich finden", antwortete Ulenspiegel. „Ich nehme also zwei Wagen, schmücke sie mit Kränzen von Tannenzweigen, Stechpalmen und Papierblumen und setze etliche Leute hinein, die Du zum Prinzen schicken willst."

„Aber die Frau", fragte Thomas Utenhove.

„Die ist gewißlich hier", erwiderte Ulenspiegel.

Und er redete weiter:

„Ich spanne zwei Deiner Pferde vor den einen Wagen, unsere beiden Esel vor den andern. In den ersten Wagen setze ich meine Frau und mich, meinen Freund Lamm und die Trauzeugen, in den zweiten die Spielleute mit Schellentrommeln, Querpfeifen und Schalmeien. Dann fahren wir mit lustigen Hochzeitsbannern, unter Trommelklang, Singen und Trinken im scharfen Trab auf der Heerstraße, die uns zum Galgenfelde oder in die Freiheit führt."

„Ich will Dir helfen", sprach Thomas Utenhove. „Aber die Frauen und Mädchen werden ihren Männern folgen wollen."

„Wir werden in Gottes Schutz gehen", sagte ein hübsches Mägdlein und steckte den Kopf durch die halboffene Tür.

„Wenn es not tut, sind vier Wagen da, und dergestalt können wir über fünfundzwanzig Mann durchbringen."

„Der Herzog wird übertölpelt werden", sagte Ulenspiegel.

„Und in des Prinzen Flotte werden etliche gute Soldaten mehr dienen", erwiderte Thomas Utenhove.

Dann läutete er seinen Knechten und Mägden und sprach zu ihnen: „Ihr alle, die Ihr aus Zeeland seid, Männer und Weiber, höret. Gegenwärtiger Ulenspiegel, der Vläme, will mit Euch in Hochzeitskleidern durch des Herzogs Heer hindurchziehen."

Männer und Frauen aus Zeeland riefen mitsammen:

„Bei Todesgefahr, wir wollen!"

Und die Männer redeten untereinander:

„Es ist uns eine Lust, das Land der Knechtschaft zu verlassen und aufs freie Meer zu gehen. Wenn Gott für uns ist, wer mag wider uns sein?"

Die Frauen und Mädchen sagten:

„Wir wollen unseren Männern und Freunden folgen. Wir sind aus Zeeland und werden dort Zuflucht finden."

Ulenspiegel erspähte ein junges, artiges Mägdlein, trieb seinen Scherz mit ihr und sagte:

„Ich will Dich freien."

Und sie antwortete errötend:

„Ich will Dich, aber nur in der Kirche."

Und lachend sprachen die Frauen untereinander:

„Ihr Herz zieht sie zu Hans Utenhove, des Baas Sohn. Er geht gewiß mit ihr."

„Ja", antwortete Hans.

Und der Vater sprach zu ihm:

„Du darfst es."

Die Männer legten ihr Festgewand an, Wams und Hosen von Sammet und den weiten Mantel darüber; auch setzten sie große Hüte zum Schutz gegen Sonne und Regen auf. Die Weiber legten schwarzwollene Strümpfe und ausgeschnittene Samtschuhe mit silbernen Schnallen an, den großen, güldenen Stirnschmuck, links für die Mädchen und rechts für die Ehefrauen, weiße Halskrausen, Brustlätze in güldener, scharlachner und azurblauer Stickerei und Röcke von schwarzer Wolle mit breiten Sammetstreifen in der nämlichen Farbe.

Dann ging Thomas Utenhove in die Kirche und bat den Priester, für zwei Reichstaler, die er ihm in die Hand drückte, ohne Verzug Tylbert, Klasens Sohn, mit Tannekin Pieters zu trauen, und der Pfarrer willigte ein.

Also ging Ulenspiegel mit der ganzen Hochzeitsgesellschaft in die Kirche und vermählte sich allda vor dem Priester mit Tannekin, die so schön und reizend, so artig und rundlich war, daß er gern in ihre Wangen gebissen hätte, wie in einen Liebesapfel. Und er sagte es ihr, denn aus Scheu vor ihrer sanften Schönheit wagte er es nicht zu tun. Sie aber sprach schmollend zu ihm:

„Laß mich; Hans blickt Dich an, um Dich umzubringen."

Und ein eifersüchtiges Mägdlein sagte zu ihm:

„Such anderswo; siehst Du nicht, daß sie Angst vor ihrem Manne hat."

Lamm rieb sich die Hände und rief aus:

„Du sollst sie nicht alle haben, Taugenichts."

Und er freute sich baß.

Ulenspiegel trug sein Leid in Geduld und kehrte mit dem Hochzeitsgeleit zum Pachthof zurück. Und da trank er, sang und war guter Dinge und trank dem eifersüchtigen Mägdlein zu. Des war Hans froh, aber nicht Tannekin noch des Mägdleins Bräutigam.

Am Mittag, bei hellem Sonnenschein und frischem Winde, fuhren die Wagen ab, mit Grün und Blumen geschmückt, mit flatternden Fahnen, beim fröhlichen Klange der Schellentrommeln, Schalmeien, Flöten und Sackpfeifen.

In Albas Lager war ein anderes Fest. Die Wachen und Vorposten hatten Alarm geblasen, kamen nacheinander zurück und meldeten:

„Der Feind ist nahe; wir haben den Schall der Trommeln und Pfeifen gehört und die Fahnen erblickt. Es ist eine starke Abteilung Reiterei, die vorgerückt ist, um Euch in einen Hinterhalt zu locken. Die Hauptmacht ist ohne Zweifel weiter zurück."

(Fortsetzung folgt.)

Sack und Aehren

Von Wilhelm Busch

Ein dicker Sack — den Bauer Bolte
der ihn zur Mühle tragen wollte,
um auszuruhn, mal hingestellt
dicht an ein reifes Aehrenfeld
legt sich in würdevolle Falten
und fängt 'ne Rede an zu halten.
Ich, sprach er, bin der volle Sack.
Ihr Aehren seid nur dummes Pack.
Ich bins, der Euch auf dieser Welt
in Einigkeit zusammenhält.
Ich bins, der hoch vonnöten ist,
daß Euch das Federvieh nicht frißt;
Ich, dessen hohe Fassungskraft
Euch schließlich in die Mühle schafft.
Verneigt Euch tief, denn ich bin Der!
Was wäret Ihr, wenn ich nicht wär?
Sanft rauschen die Aehren:
Du wärst ein leerer Schlauch, wenn wir nicht wären.

Das graue Elend

Ich sah das graue Elend in Straßen, kleinen, dunklen Straßen, in engen, sonnenlosen Wohnungen, in Waisenhäusern und Kaschemmen, ich sah es an Krücken gehend, auf allen Vieren kriechend und an Mauern gelehnt, bedrückt und stumm.

In Hospitälern sah ich es, von eitrigen Wunden zerfressen, mit triefenden Augen und ekligen Pestbeulen. Das graue Elend der Alten sah ich, der ganz Alten und das graue Elend der noch Ungeborenen sah ich, an zerschundenen Mutterleibern. Ich sah es vorüberziehen, einzeln und in Scharen, endlose Massen und ohne Grenzen. — — —

— — — Und ich sah an einem schönen Maientage, an dem die Sonne so prachtvoll schien und ein Lächeln in meine und aller Menschen Augen zauberte. — — —

Stumm trat es an meinen Tisch, jenseits der Stadt in einem Kaffeegarten. Mich starr ansehend stand es da — unbeweglich — lächelte nicht und sprach kein Wort.

Und das graue Elend, in Gestalt einer alten Frau, mit den bettelnden Furchen des Harms und der Not im Gesicht und dem ewig-schmerzlichen Lächeln um den Mund, an deren ausgemergeltem Körper Lumpen herunterhingen — schamvoll — wie das graue Elend selbst, hielt mir, an der einen Hand einen kleinen, verwachsenen Burschen führend, einen Korb hin, dessen Inhalt Blumen waren.

Ich sah sie an, die Alte und dann die Blumen. Sie schienen mir kaum des Mitnehmens wert, diese unscheinbaren Blumen aus Papier.

Stumm stand sie da, die Alte, und sah mich an. Was sollt ich mit diesen Blumen? Ich gab ihr einige Scheine — wahllos — mit dem ewigen Gleichmut des Alltagsmenschen.

Und die Alte stand immer noch da, sah auf das Geld und mich. „Was wollte sie noch," dachte ich und brachte ein leises: „Ist gut" hervor.

Da sah ich aus ihren Augen etwas Nasses hervorquellen — Tränen — die auf ihre welken Hände tropften. Sie drehte sich um, mit dem verwachsenen grauen Elend an der Hand, ging weiter und ich sah ihre Tränen die Erde befeuchten.

„Warum weinte die Alte", dachte ich und sah ihr nach.

Das graue Elend der Unproduktiven, der Ausgeschalteten ging mir durch den Kopf und tröpfelte Haß in meine Seele.

Am nächsten Tische blieb sie stehen und hielt auch hier stumm ihren Korb hin.

Der alte Herr dort drüben am Tische sprach mit ihr. Ich sah sie antworten, dabei mit den Fingern hantieren, als drehe sie Blumen. Der Alte nickte verstehend, nahm eine von den unscheinbaren Blumen und bezahlte sie.

Da sah die Alte mich an. In ihren Augen lag ein matter Schein der Freude, während in ihrer Wimper noch eine Träne glänzte.

Nun wußte ich, warum sie geweint hatte. Ich hatte ihr ein Almosen gegeben, aber ich hatte es ihr gegeben mit der gewohnten Gleichgültigkeit, mit der man es einem Bettler reicht. Und sie — sie wollte ja nicht beschenkt sein, sie hatte ja auch etwas zu geben, wenn auch nur die unscheinbaren Blumen aus Papier.

Ich hatte das graue Elend gekränkt, darum hatte es geweint.

Die Scham stieg mir blutigrot in's Gesicht, ließ mich davoneilen und alle Menschen, denen ich begegnete, hatten statt des Lächelns die Tränen des grauen Elends in den Augen. — — —

Ich weiß nicht, warum ich grad von diesem einen einzigen grauen Elend erzähle, von diesem alltäglichen? Vielleicht weil ich seit jenem Maientage das graue Elend mit anderen, mit wachenden Augen ansehe, und mit wachsender Erkenntnis, oder weil ich in der, dem Maientage folgenden Nacht, aus dem grauen Elend heraus Flammen schlagen sah, unendliche blutigrote Flammen, wie bei einem Krater, die dem neuen Morgen voranleuchteten.

Karl Quolitz.

Freunde von Sowjet-Rußland. Vom Sekretariat der Internationalen Arbeiterhilfe wird uns geschrieben: Rußland steht nicht mehr allein. Die Sprengung der Blockade und die steigenden Handelsverbindungen mit den westlichen Staaten haben in breitester Oeffentlichkeit eine für Sowjet-Rußland günstige Stimmung geschaffen. Große Wirtschaftsgruppen in Europa drängen auf geregelte Beziehungen zu der großen Arbeiter- und Bauernrepublik im Osten. Die drohenden Rüstungen Englands gegen Rußland haben auch in breiten bürgerlichen Schichten lebhafte Sympathiekundgebungen für Rußland ausgelöst. Rußland — das ist auch in breiten bürgerlichen Kreisen die Ansicht — festigt sich immer mehr, Europa aber verstrickt sich in immer neue Krisen. Die kulturellen oder kommerziellen Verbindungen enger zu knüpfen, wird in einigen Ländern von östlich orientierten Gruppen die Frage eines Klubs der „Freunde von Sowjet-Rußland" lebhaft besprochen. In der Tschechoslowakei haben die ersten Besprechungen stattgefunden, in Deutschland ist man daran, die schon bestehenden Deutschrussischen Klubs zu einer zentralen Organisation der „Freunde von Sowjet-Rußland" zusammenzuschließen. Diese Klubs der „Freunde von Sowjet-Rußland" setzen sich zusammen aus Intellektuellen, Künstlern und Wirtschaftspolitikern, die aus diesem oder jenem Grunde an Sowjet-Rußland interessiert sind. Trotz ihrer vielseitigen Interessensphäre kann es für sie nur eine Parole geben: „Hände weg von Sowjet-Rußland!".

Die Rote Garde

(Schluß.)

Fast jeden Augenblick laufen Meldungen über die Besetzung einer ganzen Reihe von Punkten durch den Gegner ein und sogar der Kreml ist besetzt, und der mit uns sympathisierende Truppenteil ist verhaftet. Die Begeisterung läßt scheinbar nach." Es kommt aber der Genosse Strohdach und teilt mit, daß das 55. Regiment angekommen ist. Alle Gesichter werden gleichsam erhellt vor Freude. „Endlich!"

Ich ging hinaus, um das Regiment zu empfangen. Zu meiner Verwunderung ist das Regiment nicht vollzählig erschienen: die Kommandeure fehlen. Das Regiment stellt sich auf dem Skobelewskaja-Platz auf. Sowohl hier wie im Sowjet wimmelt es von SR. und Menschewisten. Sie machen sich auch schnell an die Propaganda unter dem Regiment. Irgendein Menschewist war sogar so frech, daß er mit einer sehr energischen Rede auftrat, in der er die Bolschewiki deutsche Spione, Abenteurer usw. nannte. Die Soldaten verloren die Geduld und schrien: „Ans Bajonett", „Schießt ihn nieder!" Ich stand in diesem Augenblick auf dem Dache des Hotels „Dresden". Auf einmal sehe ich, wie einige Menschewisten und Sozialrevolutionäre, die ich aus dem Sowjet kannte, in großem Schrecken laufen und mir zuschreien: „Genosse Petsche, retten Sie uns, retten Sie uns!" Gleichzeitig sehe ich, daß ihnen Soldaten nachlaufen. Es ist mir nur mit schwerer Mühe gelungen, die Soldaten zu überreden, ihnen nichts zuleide zu tun. Sie blieben hierauf eine Zeitlang im Gebäude des Moskauer Komitees unserer Partei und retteten dadurch ihr Leben.

Bald nachher, um 12 Uhr nachts, hat der Aviationspark sein Versprechen erfüllt. Einige Lastautomobile mit Maschinengewehren und Soldaten kamen an. Maschinengewehre gab es acht. Einige stellte ich sofort im Sowjet auf, die übrigen ließ ich auf den Lastautomobilen und schickte sie in die Stadt, um verschiedene strategische Punkte zu besetzen. Es stellte sich aber heraus, daß es schon zu spät war, die Junker hatten der Straßenbahnlinie entlang zwei Ringe um die Stadt herum besetzt. Unsere Demonstration, die somit hauptsächlich moralischer Art war, konnte nur die Zufuhr von Munition verhindern und stellenweise die Verbindung des Gegners stören.

An einigen Stellen setzte schon ein ziemlich starker Kampf ein. Wir hatten keine Apparate zur Einlage der Patronengürtel und mußten das mit der Hand machen. Einen Apparat bekamen wir erst später.

Die Junker fingen schon in den Mittagsstunden am 27. an, das Gebäude der Sowjets energisch mit Maschinengewehren zu beschießen.

Sie beschossen uns vom Strastnoj-Monastyr (Kloster), wodurch sie uns den freien Durchgang durch die Twerskaja-Straße und von dort nach unten unmöglich machten; sie besetzten außerdem das Stadtratsgebäude, die Straße Kusnjezky-Most und die Stoleschnikow-Gasse.

Um 4 Uhr brachte man uns vom Chodynka-Feld Artillerie. Jetzt wurde es um vieles lustiger. Einzelne Parteifunktionäre: N. J. Muralow, Strohdach und andere kamen in das Stabsgebäude. Sie machten sich an die Bildung eines mehr arbeitsfähigen Stabes und organisierten den Aufklärungsdienst.

Das Revolutionäre Kriegskomitee und der Stab erteilten den Arbeiterrayons den Befehl, nach dem Zentrum, zum Sowjet zu ziehen und unterwegs alle Postenlinien der Junker zu beseitigen. Eine große Anzahl der erfahrensten Genossen wurde bestimmt, die durch die Schützenlinie des Feindes dringen und die Offensive leiten sollten. Ich erhielt den Auftrag, die Rayons Lefortowo, Samoskworetschje und Simonowo zum Angriff zu führen.

Die Nacht war finster, eine elektrische Beleuchtung gab es nicht. Es gelang uns, durch den Ring zu kommen; die ganze Zeit hindurch gab es eine unregelmäßige Schießerei.

Ich erteilte den Befehl, unverzüglich alle Arbeiter und die mit der Sowjetmacht sympathisierenden Bürger zu mobilisieren und unterwegs alle Gegner zu entwaffnen und mit den vom Feinde weggenommenen Waffen zur Befreiung unserer Genossen zu ziehen. Im Baßmans-Rayon sah ich ein sehr energisch arbeitendes Revolutionskomitee, in dem zu dieser Zeit Genosse Iwanow und andere eine große Rolle spielten. Eine große Rolle spielte außerdem der lettische Rayon an der Petrovka, Nr. 49; hier war eine große Anzahl alter erprobter revolutionärer Kämpfer konzentriert.

Bei Ankunft im Volkshaus auf dem Wedenski-Platz, wo sich das Revolutionäre Kriegskomitee und der Stab befanden, fand ich das Volkshaus voll von den besten Genossen, und auch das Parteikomitee befand sich in voller Zahl dort. Das Revolutionäre Kriegskomitee und der Stab arbeiteten einen Angriffs- und Verteidigungsplan aus. Ich machte ihnen Mitteilung von dem Befehl, daß ein Angriff in der Richtung des Zentrums unternommen werden müsse. Einige sagten darauf, und zwar mit vollem Recht: „Hinter uns in unmittelbarer Nähe haben wir so starke Feinde, wie die zwei großen und glänzend ausgerüsteten Militärschulen. Es wäre unbedingt notwendig, die Kräfteverhältnisse festzustellen!" Es stellte sich heraus, daß wir im ganzen Rayon 200 bis 250 Berdan-Gewehre und 200 bis 300 Revolver hatten.

Die Nacht verging mit dem Graben von Schützengräben, Errichtung von Barrikaden, Mobilisierung der Transportmittel, Regelung des Verpflegungsdienstes und dem Suchen nach Mitteln zur Hinderung der Bewegung des Feindes.

Am Tage regten sich die Junker überall und fingen an, uns überall zurückzudrängen; sie beschossen die Arbeiter, die Barrikaden errichten wollten, und störten dadurch unsere Bewegung. Oft beschossen sie auch die zum Stab führenden Wege. Genosse Demidott erhielt daher den Befehl, schleunigst eine Batterie zu senden. Diesen Befehl konnte er, da er keine Pferde hierfür hatte, nicht ausführen. Er schickte aber eine Abteilung sechszölliger Geschütze, mit einem Luj-Motor, aber ohne Visierscheiben und Geschosse. Die Geschütze kamen an, wir hatten aber keine Geschosse aus Rajewo erhalten. Die Geschütze stellten wir auf dem Wedenski-Platz auf und richteten sie gegen die Militärschule, um Schrecken einzujagen. Ich empfahl dem Stab diesen Trick, da niemand wußte, ob wir Geschosse haben oder nicht. Zu dem Angriff hatten wir 90 Mann, die mit Berdan-Gewehren bewaffnet waren, gegenüber von 500 Junkern, die Maschinengewehre, Gewehre und eine Menge Granaten hatten. Wir beschlossen, anzugreifen und warteten bis zur Abenddämmerung. Die Unseren nahmen um die Militärschule herum Stellung, unglücklicherweise war aber der Hof und der große Teich für unsere Kräfte zu groß.

Wir gaben den Belagerten fünf Minuten zur Ueberlegung und drohten, im Falle eines Widerstandes das Gebäude mit unserer Artillerie in Trümmer zu schießen. Es vergehen keine fünf Minuten, bis die Junker die weiße Flagge hißten. Die meisten flohen durch eine kleine Brücke über den Teich und warfen ihre Waffen weg.

Auf diese Weise entflohen ungefähr 300 bis 400 Mann. Auch unsere Schützenlinie bekam es mit der Angst, und ungefähr zehn Mann von den Unseren liefen gleichfalls weg und gaben dadurch den Junkern freien Weg. Wir nahmen 107 Mann gefangen und eroberten verschiedene Trophäen nebst einigen tausend Gewehren neuesten Systems.

Petsche.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230608-13/fragment/page=0006